



*Gemeinsam sind wir Köln*

# **Gemeinsam für Vielfalt, Teilhabe und gleichberechtigte Partizipation**

## **30 Jahre Kölner Runder Tisch für Integration**





Linke Spalte von oben nach unten:  
25-jähriges Jubiläum 2016 Bernd Geiß, Tayfun Keltek, Staatssekretär Thorsten Klute, Henriette Reker, Polizeipräsident Jürgen Mathies, Wolfgang Uellenberg-van Dawen, Infostand zum Ehrenamtstag 2018, Virtuelles Plenum November 2020, Erstes Flugblatt 1992, **rechts unten** Pressekonferenz Fairness-Abkommen zur Europawahl, Mai 2019



# Gemeinsam für Vielfalt, Teilhabe und gleichberechtigte Partizipation

## 30 Jahre Kölner Runder Tisch für Integration

## IMPRESSUM



*Gemeinsam sind wir Köln*

Herausgegeben vom

Förderverein Kölner Runder Tisch für Integration e.V.

c/o Kölner Flüchtlingsrat e.V., Herwarthstr. 7, 50672 Köln

www.rundertischkoeln.de

Telefon: 0162 7470142, E-Mail: info@rundertischkoeln.de

Registernr.: VR13616, Vereinsregister Köln, Amtsgericht Köln

Vorstand: Bernd Geiß

Redaktion: Petra Metzger, Wolfgang Uellenberg-van Dawen und Bernd Geiß

Fotos: Petra Metzger (sofern nicht anders gekennzeichnet)

Gestaltung: Georg Bungarten

Stand: Februar 2022

Ein Museum der

**KÖLNISCHES  
STADTMUSEUM**



Wir danken dem Kölnischen Stadtmuseum und der Stadt Köln für die Förderung des Projekts »Gemeinsam sind wir Köln - 30 Jahre Runder Tisch für Integration«.

### Titelfoto Plenum 2018

1. Reihe von links: Jörg Mährle, DGB; Günter Baumann, VVN; Ludger Reiberg, früher RAA; Walburga Schürmann, DTVK; Ali Kemal Gün, N.N Willkommensinitiative

2. Reihe von links: Robert Fuchs, DOMiD; Konrad Gilges, ehem. Sprecher; Eli Abeke, Bündnis 14 Afrika; Wolfgang Uellenberg-van Dawen, Sprecher; Bernd Geiß, Vorsitzender des Fördervereins; Hannelore Bartscherer, ehem. Vorsitzende des Katholikenausschuss, Stellv. Sprecherin bis 2019; Gregor Stiels, Stellv. Sprecher seit 2019 Vorsitzender des Katholikenausschuss; Behshid Najafi, AGISRA; Rolf Simons, Kölner Appell; Dani Kranz, Tel Aviv; Christine Lieser, ANN

## INHALT

### 08 Grußwort:

Jürgen Wilhelm

### 10 Der Kölner Runde Tisch für Integration

Wolfgang Uellenberg-van Dawen, Gregor Stiels, Reinhild Widdig

### 13 Geschichte des Kölner Rundes Tisches für Integration

Bernd Geiß, Wolfgang Uellenberg-van Dawen

### 18 Wir haben Arbeitskräfte gerufen und es kamen Menschen

Anne Rossenbach

### 21 Gute Arbeit als eine Säule der Integration

Jörg Mährle

### 24 Gleichstellung von Frauen

Nilgün Filiz, Havva Aktaş-Dalci

### 26 Interkulturelle Öffnung der Dienste in Köln

Ali Gün

### 31 Gleichbehandlung (AGG)

Ilka Simon

### 34 Kommunale Mitbestimmung

Eli Abeke

### 36 Die Kölner Bleiberechtskampagne für Geflüchtete mit Duldung

Claus-Ulrich Prölb

### 41 Bildungsgerechtigkeit

Gregor Stiels, Ludger Reiberg

### 44 Migration, Integration und Medien

Ayse Tekin, Iva Krtalic

### 47 Betroffene Beteiligen

Elizaveta Khan

### 50 Chronik 1991 – 2021

Konstituierende Sitzung des  
**Runden Tisches gegen  
 Ausländerfeindlichkeit**

am 12. Dezember 1991

Anmeldungen

- 1 Hilmar S. Ankerstein (Köln. Gesellschaft f. Chr.-Jüd. Zus.arbeit)
- 1 ~~Raimo Assion (WDR)~~
- 1 Dr. Kamran Arjomand (Kölner Appell) *K.A. Arjomand*
- 2 Dr. Gerhart R. Baum, MdB-FDP *Gerhart R. Baum*
- 2 Oberbürgermeister Norbert Burger *Prof. Dr. Ina Rieger*
- 2 Rudi Conin (Katholikenausschuß Köln) *Rudi Conin*
- 1 Marion Edelkamp (Betriebsrat Hyatt-Hotel) *Edelkamp*
- 2 Beate Fenderl (Deutsche Angestellten-Gewerkschaft Köln) *B. Fenderl*
- 1 Dr. Katharina Focke *Katharina Focke*
- 1 ~~Werner Fricke~~
- 1 Miguel Freund (Synagogen-Gemeinde Köln) *M. Freund*
- 2 Bernd Geiß (Beauftragte d. Bundesregierung f. d. Integration d. ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen) *Bernd Geiß*
- 2 Konrad Gilges (MdB-SPD, DGB Kreis Köln) *Konrad Gilges*
- 1 ~~Ralph Gitzard~~
- 1 Günther Bernd Ginzel *Ginzel*
- 2 Jutta Graf (Flüchtlingsrat) *J. Graf*
- 2 Wilfried Heck (MdB-Die Grünen) *Heck*
- 1 Bertram von Hobe *Bertram von Hobe*
- 1 Dr. Eleonore Hombitzer *Hombitzer*
- 2 Martin Hüneke *Hüneke*
- 2 Hans Peter Juretzki (Arbeitskreis f. d. ausländische Kind) *H. P. Juretzki*
- 1 Paul Jochum
- 2 Tayfun Keltek (Deutsch-Türkischer Verein Köln) *Tayfun Keltek*
- 2 Manfred Kock (Ev. Stadtkirchenverband) *Manfred Kock*
- 2 Heiner Lichtenstein *Lichtenstein*
- 1 ~~Sigrid Neumann~~
- 1 ~~Ulrich Müller (F.D.P. - Fraktion im Rat (MdB-FDP))~~

- 2 Frau Nellesen (Regierungspräsident Köln) *Elke Nellesen*
- 2 Ursula Ott (Redaktion EMMA)
- 1 Udo Pfléghar *Udo Pfléghar*
- 2 Prof. Dr. Axel Radschlag (Paritätischer Wohlfahrtsverband) *Radschlag*
- 2 Ronald Richter (Kölner Schauspiel)
- 2 Dr. Peter Scharr (Kath. Stadtdekanat) *P. Scharr*
- 1 Hans Schmitz
- 2 Ernst Simons (Synagogen-Gemeinde Köln)
- 2 Kurt Uhlenbruch (SPD Unterbezirk Köln) *Kurt Uhlenbruch*
- 2 Wilfried Viebahn
- 1 Dr. Jörg Weidenhammer *Jörg Weidenhammer*
- 2 Dr. Jürgen Wilhelm (Landschaftsversammlung)
- 2 Dr. Beate Winkler (Beauftragte d. Bundesregierung f. d. Integration d. ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen) *Beate Winkler*
- 2 Matthias Wirtz (MdB-CDU) *Matthias Wirtz*
- 1 Dr. Zambonini (Westdeutscher Rundfunk) *Zambonini*
- 1 ~~Dr. Raimo Assion WDR~~ *R. Assion*
- 2 ~~Priv.-Doz. Dr. Dietz Bering~~ *D. Bering*
- 1 ~~Ulrich von Hobe~~

**Der Kölner Runde Tisch für Integration  
widmet diese Schrift Katharina Focke und Peter Canisius.  
In Dankbarkeit und ehrendem Andenken.**



**Katharina Focke** † 10. Juli 2016 in Köln

**Peter Canisius** † 25. Dezember 2021 in Göttingen





## Grußwort

Als sich am 12. Dezember »Der Kölner Runde Tisch für Integration«, damals noch unter dem Namen »...gegen Ausländerfeindlichkeit«, gründete, war die Kölnische Gesellschaft aus gutem Grund als konstituierendes Mitglied dabei. Im wiedervereinigten Deutschland wurde die faktische Abschaffung des Asylrechts eingeleitet, antisemitische und rassistische Gewalttaten schossen in die Höhe und das erste Pogrom – es sollten noch viele weitere folgen – fand in Hoyerswerda im Herbst 1991 statt, also im Gründungsjahr des »Runden Tisches«, und wurde zum Synonym für den grassierenden Rassismus in Deutschland. Bilder von damals zeigen, wie hunderte Anwohner auf die tagelangen Ausschreitungen reagierten: nämlich gar nicht. Oder eben mit Applaus! Solche Szenen sollten sich in den nächsten Jahren mehrmals wiederholen und zeigten damals schon auf drastische Weise, dass keineswegs nur der gewalttätige und rechtsextreme Hass ein großes Problem für Demokratie und Pluralismus darstellen, sondern auch der alltägliche Rassismus und Antisemitismus.

Die Situation hat sich seitdem keineswegs verbessert; Ausgrenzung und Hass auf die, die von der Mehrheitsgesellschaft als »die Anderen« gekennzeichnet werden, sind weiterhin sehr weit verbreitet. Mehr noch: Es gab in den letzten 30 Jahren zahlreiche antisemitische und rassistische Mord- und Terroranschläge mit schätzungsweise 200 Toten und vielen Schwerverletzten, die nicht im luftleeren

Raum stattfinden, sondern immer auch im Kontext des gesellschaftlichen Klimas betrachtet werden müssen. Denn wie ist es zu bewerten, wenn in seriösen Tageszeitungen dieses Landes Menschen in Segmente genetischer Qualität eingeteilt werden? Was bedeutet es, wenn Studien feststellen, »dass in der Mitte der Gesellschaft und in der Elite antidemokratische Einstellungen fest verankert sind und sich Teile von ihnen gar radikalisieren?«

Diese Fragen müssen umso dringlicher vor dem Hintergrund eingeordnet werden, dass der Verfassungsschutz für die zwölf Jahre lang andauernde Verfolgung der Blutspur des Jenaer NSU-Terror-Trios eine »Ermittler-Kommission Bosphorus« einrichtete. Alleine der Name zeigt, welche Perspektive Polizei und Verfassungsschutz bei diesem Thema viel zu oft einnehmen.

Zugleich aber war diese Zeit auch Ausgangspunkt und Motivation vieler Menschen, sich in der Zivilgesellschaft zu engagieren und Fragen der Solidarität und des Antirassismus auf die Tagesordnung zu setzen. Wie zum Beispiel »Der Runde Tisch«, der mit dem ersten Tag seiner Gründung ein Zeichen der Solidarität und des demokratischen Miteinanders vermitteln wollte. Dies gelingt ihm, indem er Kölnerinnen und Kölner mit und ohne deutschen Pass, Menschen aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft, Verbänden, Medien, Christen, Juden und Muslime zusammen bringt, um darüber nachzudenken, wie Rassismus und Ausgrenzung zurückgedrängt und Demokratie und Vielfalt nachhaltig gefördert werden. Seitdem arbeitet der »Runde Tisch« mit zahlreichen Kooperationspartnern aus dem NGO-Kontext, wie zum Beispiel mit der Kölnischen Gesellschaft, daran, antirassistische Diskurse in der Stadtgesellschaft einzubringen und engagiert sich für eine sozial gerechte Gesellschaft der Vielen. Von einer Gesellschaft der gleichberechtigten Vielen sind wir leider noch sehr weit entfernt; wir werden unser Ziel nur verwirklichen können, wenn es gelingt viele demokratisch orientierte Organisationen zusammenzuführen und gemeinsam für diese Ziele zu kämpfen.

**Prof. Dr. Jürgen Wilhelm**

Vorsitzender der Kölnischen Gesellschaft für  
Christlich-Jüdische Zusammenarbeit



## Der Kölner Runde Tisch für Integration

Dreißig Jahre nach der Gründung ist es Zeit für einen Rückblick. Im gerade frisch vereinten Deutschland tobte der Mob, überfiel Migrant\*innen und Geflüchtete, griff Unterkünfte für Vertragsarbeiter\*innen wie in Hoyerswerda an, verübte einen Brandanschlag auf das Haus einer türkeistämmigen Familie in Mölln, später in Solingen. Hass und offener Rassismus prägten die Diskussion über das Asylrecht, verunsicherten demokratische Parteien, führten zu der Fehlentscheidung, den Zugang zum Asyl in Deutschland faktisch abzuschaffen.

In dieser Zeit erhoben überall in Deutschland mutige Frauen und Männer ihre Stimme, organisierten Gegenwehr, engagierten sich für Weltoffenheit, Toleranz und vor allem für ein friedliches Miteinander von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Sprache und Kultur, so auch in Köln. Persönlichkeiten aus Politik, Gewerkschaften, Kirchen und Medien ergriffen 1991 die Initiative um gemeinsam mit den Künstler\*innen der AG Arsch huh das gesellschaftliche Klima in Köln grundlegend zu verändern. Als Runder Tisch gingen sie gemeinsam auf die Straße, verteilten Flugblätter, warben in den Medien, bei der Politik, organisierten Kampagnen und gewannen die demokratischen Parteien für ein Fairness Abkommen zu den Wahlen, in dem diese sich verpflichteten, auf Schuldzuweisungen für gesellschaftliche Missstände wie Kriminalität und Arbeitslosigkeit an die Adresse von Eingewanderten in ihren Wahlkämpfen zu verzichten und dagegen anzugehen. Diese erste Phase war erfolgreich und wirkt bis heute. Aber schon bald erkannten die Initiator\*innen, dass dies nicht ausreichen würde.

### Integration als gegenseitiger Lernprozess

Unter dem Motto »Gemeinsam sind wir Köln« erarbeiteten sie ein Konzept für eine Integration auf Augenhöhe. Eingewanderte, deren Zahl in Köln wuchs, sollten sich nicht anpassen, ihre Kultur und ihr Selbstverständnis nicht aufgeben, sondern sich die Kenntnisse und Fertigkeiten aneignen, die sie brauchten, um in der Arbeitswelt, in der Gesellschaft und in der Politik ihre Interessen vertreten und teilzuhaben. Dazu aber mussten sich die Stadt, die Schulen, die Unternehmen, die Institutionen und Organisationen der Gesellschaft öffnen. Integration und Interkulturelles Miteinander waren und sind gefragt. Diesen Prozess angestoßen zu haben und nicht nachzulassen, diese Öffnung einzufordern, damit alle teilhaben können, das war und ist das wesentliche Anliegen des Rd. Tisches. Dabei gibt es noch viel zu tun.

### Gleichbehandlung und Partizipation

Trotz vieler Fortschritte sind es vor allem Eingewanderte und ihre Familien, die von Wohnungsnot, Bildungsbenachteiligung, prekären Arbeitsbedingungen und Armut besonders betroffen sind. Köln ist eine der am meisten gesellschaftlich

Ali Kemal Gün, Reinhild Widdig, Gregor Stiels, Wolfgang Uellenberg-van Dawen  
Vorstellung des Manifests für Vielfalt, Zusammenhalt und gleichberechtigte Partizipation in Köln, Juni 2020



gespaltenen Städte, der Gegensatz von Arm und Reich offensichtlich. Soziale Ungleichheit ist das wesentliche Hindernis für eine integrative Stadtgesellschaft. Neu hinzugekommen ist die Wahrnehmung und die Diskussion um kulturelle Vielfalt, unterschiedliche Identitäten, das Recht auf gleichberechtigte Partizipation. Menschen mit Migrationsgeschichte werden in den nächsten Jahren die Mehrheit in unserer Stadt stellen. Sie wollen auf gleicher Augenhöhe mitbestimmen. Stellvertretung und sei sie noch so gut gemeint, wird von vielen nicht mehr gewollt. Teilhabe, Vielfalt, gleichberechtigte Partizipation in einer inklusiven Stadtgesellschaft, das sind die Leitbilder des vom Rd. Tisch im März 2020 beschlossenen Manifests. Gleiches Recht hier zu leben, zu arbeiten und an Wahlen zumindest auf der kommunalen Ebene teilzunehmen, dass muss auch für die gelten, die keine deutschen Staatsbürger sind. Aus dem Aufenthaltsrecht muss eine Aufnahme-recht werden auch für Geflüchtete. Gleichbehandlung in der Arbeit, auf dem Wohnungsmarkt, in der Bildung und im Umgang mit Behörden sind unsere aktuellen Ziele.

Beim Kölner Rd. Tisch arbeiten viele Menschen sehr unterschiedlicher Herkunft, Religion und demokratischer politischer Orientierung zusammen. Wir wollen und müssen uns immer wieder miteinander verständigen, wie wir die Probleme sehen und bewerten und was wir gemeinsam machen. Dies hält den Runden Tisch für Integration zusammen. Wie diese Vielfalt aussieht, in welchen Handlungsfeldern unsere Mitglieder und wir gemeinsam aktiv sind und wohin wir wollen, das haben wir in dieser Broschüre dokumentiert. Es ist eine Selbstauskunft und die Einladung zum Mitmachen. Wir danken allen, die daran mitgewirkt haben.

Köln im Dezember 2021

#### **Für den Kölner Runden Tisch für Integration**

Wolfgang Uellenberg-van Dawen, *Sprecher*

Reinhild Widdig, *Stellv. Sprecherin*

Gregor Stiels, *Stellv. Sprecher*



Katharina Focke, Klaus Schmidt, Franz Meurer, Renate Graffmann, Heinrich Pacht protestieren gegen die unwürdigen Lebensbedingungen der Roma im Container-Lager Kalk. © arbeiterfotografie.com

## Geschichte des Kölner Runden Tisches für Integration und seine weiteren Pläne

Am 12. Dezember 1991 konstituierte sich der Kölner Runde Tisch gegen Ausländerfeindlichkeit. Anstelle der Worte »gegen Ausländerfeindlichkeit« traten später die Worte »für Ausländerfreundlichkeit« und nochmals später die Worte »für Integration«. Die Kritikwürdigkeit des Begriffs Integration ist dem Runden Tisch bewusst, aus Gründen des Wiedererkennungswerts des Vereins ist der Begriff (bisher) beibehalten worden.

Die Initiative zur Gründung des Runden Tisches ging auf Hilmar Ankerstein vom Vorstand der Kölnischen Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit und Konrad Gilges, damals DGB-Vorsitzender in Köln, zurück. An der konstituierenden Sitzung nahmen u.a. Dr. Gerhart R. Baum, ehem. Bundesinnenminister, Norbert Burger, Oberbürgermeister der Stadt Köln, Dr. Katharina Focke, ehem. Bundesfamilienministerin, Dr. Jürgen Wilhelm vom Landschaftsverband Rheinland sowie Vertreter der politischen Parteien, der Kirchen, der Synagogen-Gemeinde, der Gewerkschaften, der Wohlfahrtsverbände, des Flüchtlingsrats, der Medien, der Wissenschaften und der mit den Themen Migration und Integration befassten Vereine teil.

## Deutschland im Jahr 1991

Die Konstituierung des Runden Tisches fand drei Monate nach dem Pogrom in Hoyerswerda (September 1991) statt. Am 20. September 1991 griffen dort Neonazis und Sympathisanten ein Heim mit Flüchtlingen an. Sie bewarfen es mit Steinen und Molotow-Cocktails. Viele Menschen wurden verletzt. Am 21. September wurden die Flüchtlinge mit Bussen auf Unterkünfte im Umland verteilt. Neonazis bezeichneten Hoyerswerda als »erste ausländerfreie Stadt«. Politiker und Behörden hatten versagt.

Dem Pogrom in Hoyerswerda war seit Mitte der 1980er Jahre eine Asyldebatte vorausgegangen, in der es um eine politische Auseinandersetzung um eine Änderung des Grundrechts auf politisches Asyl in der Bundesrepublik Deutschland ging. 1986 starteten die Unionsparteien CDU und CSU eine Kampagne gegen einen sogenannten Missbrauch des Asylrechts. Die Kampagne wurde von der BILD-Zeitung und der Welt am Sonntag mitgetragen. Es war eine der schärfsten, polemischsten und im negativen Sinne folgenreichste Auseinandersetzung in der deutschen Nachkriegsgeschichte.

Die Stimmung war aufgeheizt; die Situation für Ausländer in Deutschland im wahrsten Sinne des Wortes brandgefährlich. Besonders ausgeprägt war die Ablehnung in den neuen Bundesländern. Obwohl in der DDR die internationale sozialistische Solidarität der Arbeiter als Ziel proklamiert wurde, konnte dies Ausländerfeindlichkeit weder verhindern noch eindämmen. So konnte sich Fremdenfeindlichkeit im Westen und Osten der Republik, befeuert von einigen Politikern und Medien, zu einer echten Gefahr insbesondere für Asylbewerber entwickeln.

Hinzu kam, dass ab 1990 die Flüchtlingszahlen (1991: 218.000; 1992: 440.000), verursacht vor allem durch die Balkankriege, stark anstiegen. Auch sind wegen der Auflösung der Sowjetunion Anfang der 1990er Jahre besonders viele Aussiedler nach Deutschland gekommen.

### ► Von den zahlreichen Aktivitäten in den ersten zehn Jahren seines Bestehens sollen beispielhaft genannt werden

- die Flugblattaktion »Gemeinsam sind wir Köln« auf Kölner Straßen mit Prominenten wie Klaus Bednarz (WDR), Elke Heidenreich (Schriftstellerin) und Alfred Neven DuMont, Verleger (März 1992);
- die Aktionswoche gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit zusammen mit Arsch huh und dem Kölner Stadt-Anzeiger (Januar 1993);
- die Forderung nach einem Amt für multikulturelle Angelegenheiten (März 1993);
- die erste Fairness-Vereinbarung mit politischen Parteien, im Wahlkampf Diffamierungen, Schuldzuweisungen und demagogische Stigmatisierung zu Lasten der hier lebenden Migrantinnen und Migranten zu unterlassen (September 1998);
- Protest gegen das Containerlager für Flüchtlinge in Köln-Kalk (Oktober 2001).

In dieser Situation und vergifteten Atmosphäre wurde Ende 1991 in Köln von verantwortungsbewussten Personen und Institutionen der Kölner Runde Tisch gegen Ausländerfeindlichkeit gegründet. Er verstand und versteht sich als ein Bündnis gegen Vorurteile, Ausgrenzung, Diskriminierung und Gewalt. Dazu gehört auch die Debatte und Auseinandersetzung mit der sozialen und kulturellen Lebenslage von Migrantinnen und Migranten. Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung waren und sind häufig diskutierte Themen. Dem Runden Tisch ging und geht es natürlich nicht nur um die Diskussionen, sondern vor allem um Lösungsmöglichkeiten. Für seine Vorschläge bzw. Forderungen wurde und wird deshalb die Unterstützung der Politik, der Verwaltung und der Öffentlichkeit gesucht.

Sprecher des Runden Tisches waren Hilmar Ankerstein (1991 bis 2002) und Konrad Gilges (2003 bis 2014). Seit 2014 ist Dr. Wolfgang Uellenberg-van Dawen der Sprecher des Runden Tisches.

Im Jahr 2000 wurde der Förderverein des Kölner Runden Tisches gegründet, um dem Runden Tisch eine rechtliche Form zu geben und seine Aktivitäten finanziell zu unterstützen. Der erste Vorsitzende des Fördervereins war Prof. Peter Canisius. Ihm folgte Kurt Uhlenbruch bis 2008. Sein Nachfolger ist Bernd Geiß.

### Erweitertes Arbeitsfeld und ein neuer Name

Während sich im ersten Jahrzehnt die Arbeit vorrangig gegen Rassismus und Gewalt, Antisemitismus und Rechtsextremismus gerichtet hatte, nahm Anfang der 2000er Jahre das Engagement für Integrationsfragen zu. Entsprechend gab sich der Runde Tisch im Jahr 2002 einen neuen Namen: Kölner Runder Tisch für Integration. In einer Erklärung dazu heißt es 2002: »Eine richtig verstandene Integration von Migrantinnen und Migranten, von Flüchtlingen und Minderheiten, bei der jeder seine kulturelle Identität bewahren kann, ist eine entscheidende Voraussetzung für die friedliche Fortentwicklung unserer Stadtgesellschaft. Die Zukunftsfähigkeit Kölns in sozialer, kultureller aber auch ökonomischer Hinsicht wird maßgeblich davon abhängen, wie die Chancen und Risiken der Migration moderiert und »gemanagt« werden.« In den 1990er Jahren wurde Integration noch überwiegend als Anpassung an die deutsche Gesellschaft verstanden und Migranten wurden Ausländer genannt, um die Tatsache der Einwanderung ignorieren oder auch leugnen zu können. So sah es das für das Ausländer- und Flüchtlingsrecht zuständige Bundesinnenministerium, welches mit dem Zuwanderungsgesetz (2005) auch die Hauptzuständigkeit für das Thema Integration innerhalb der Bundesregierung bekam.

Bundesarbeitsminister Walter Riester hat damals die Zuständigkeit für Integration, angeblich wegen Arbeitsüberlastung (man arbeitete damals gerade an einer Rentenreform, die sich später als nicht sehr erfolgreich herausstellen sollte), an das



### ➤ Beispiele für Aktivitäten des Runden Tisches nach 2002:

- Projekt Arbeitsmarktintegration von jungen Menschen mit Migrationshintergrund in Köln (2002);
- Lesen fürs Lesen – Sommerfest des Runden Tisches für Migration (2003);
- Veranstaltungsreihe »Kölner Migrationsgespräche« zusammen mit DGB, Arbeitgeberverband und DGB Bildungswerk (2004);
- Forderung eines umfassenden Integrationskonzepts für die Stadt Köln (2005);
- Kölner Manifest zur Lage der Menschen ohne Papiere in Köln (2006);
- Diskussion eines Integrationskonzepts für die Stadt Köln (2007);
- Henriette Reker zu Gast beim Runden Tisch (2011);
- Vorstellung des neuen Teilhabe- und Integrationsgesetzes durch Staatssekretärin Zülfiye Kaykin, Integrationsministerium NRW (2012);
- Veranstaltung zu den Lebens- und Arbeitsbedingungen von EU-Wanderarbeitnehmern in Köln (2013);
- Fachgespräch mit den Kandidaten für den OB-Posten Jochen Ott und Henriette Reker (2015);
- Bildungsangebote des Runden Tisches für Integration gemeinsam mit dem Friedensbildungswerk Köln, dem Katholischen Bildungswerk und der Melanchthon Akademie zu den Themen Einwanderungsland Deutschland (2015), Fluchtursachen (2016) und das Neue Wir, Leben in der Einwanderungsgesellschaft (2017);
- Mehrteiliges Projekt zum Thema: Dialog und Verständigung zwischen und mit Eingewanderten aus der Türkei im Herbst 2017; Dokumentation und Abschlussveranstaltung 2018;
- Gemeinsam mit dem Flüchtlingsrat, den Willkommensinitiativen, Kein Mensch ist illegal, der Gewerkschaft ver.di, den Kirchen und mehr als 180 Unterstützer\*innen beteiligt sich der Runde Tisch am Bündnis »Köln zeigt Haltung« für eine humane Flüchtlingspolitik. An der Demonstration des Bündnisses am 15. September 2018 beteiligen sich mehr als 12 000 Menschen;
- Nach einjähriger Diskussion beschließt der Runde Tisch für Integration das Manifest für Vielfalt, Teilhabe und gleichberechtigte Partizipation und formuliert das Leitbild einer inklusiven Stadtgesellschaft (2020).

Bundesinnenministerium abgegeben. Bundesinnenminister Otto Schily (1998 bis 2005) erwartete die Anpassung der Migranten; Integration im Sinne der Definition des Runden Tisches war ihm zu wenig.

### **Besondere Anliegen:**

Der Runde Tisch hat immer nachdrücklich ein Integrationskonzept für die Stadt Köln gefordert und ein entsprechendes Amt zu dessen Durchführung. Beides konnte verwirklicht werden.

Der Runde Tisch ist immer für die Verbesserung der Situation der Flüchtlinge in Köln eingetreten (Unterbringung, Arbeit, Gesundheit, Schulbildung für deren Kinder). Ebenso hat sich der Runde Tisch immer für die Verbesserung der Lebenssituation und des Aufenthaltsrechts der Roma eingesetzt.

### **Auszeichnungen:**

Im Juli 2012 wird der Runde Tisch im Rahmen eines Festaktes in der Piazzetta des Kölner Rathauses für sein Engagement und seine Zivilcourage (verliehen durch das bundesweite »Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt« im Rahmen des Wettbewerbs »Aktiv für Demokratie und Toleranz 2011«) ausgezeichnet. Im September 2018 erhält der Runde Tisch den Preis »KölnEngagiert 2018« der Stadt Köln.

### **Bernd Geiß**

Vorsitzender des Fördervereins Kölner Runder Tisch für Integration e.V.

Verleihung des Ehrenamtspreises 2018. Sabine Heinrichs, Konrad Gilges, Bernd Geiß, Hannelore Bartscherer, Eli Abeke, Peter Canisius, Henriette Reker, Eckart Schubert, Wolfgang Uellenberg-van Dawen





## Wir haben Arbeitskräfte gerufen und es kamen Menschen

Diese eigentlich schlichte Erkenntnis brauchte viele Jahre bis sie gereift ist. Heute stehen wir vor einem bunten Bild, 40,5% der Kölner\*innen haben eine internationale Geschichte. Viele von ihnen kamen als Arbeiter\*innen, haben ihre Familien zu sich geholt oder in Köln eine Familie gegründet. In vielen Statistiken und auch im aktuellen Lebenslagenbericht der Stadt Köln finden sich Spuren dieser Zuwanderung in Arbeit, was lange nicht gleichbedeutend mit der »Zuwanderung in eine Aufnahmegesellschaft« war.

Mit der Zeit kehrte eine Form von Alltag und kollegialem Miteinander am Band bei Ford und in den vielen anderen Betrieben ein, die »Gastarbeiter« beschäftigten. Mit der Zeit zogen die »Gäste« aus den Wohnheimen in die Wohngebiete, in denen es billige Wohnungen gab, die den Ansprüchen vieler anderer Kölner\*innen nicht mehr genügten. Aus einem als Übergang gedachten Status wurde ein dauerhafter, ohne das in eine gesellschaftliche, soziale oder bildungspolitische Debatte zu implementieren. Bestes Beispiel war die Bildungspolitik. Kinder fanden zum Teil nur schwer Anschluss in ihren Klassen, weil sich irgendwie die Idee in den Köpfen der Mehrheitsgesellschaft festgesetzt hatte, man habe es tatsächlich mit »Gästen« quasi Durchreisenden zu tun.

Das hat Auswirkungen bis heute. So sind Menschen mit internationaler Geschichte häufiger von Armut bedroht, weil sie schwerer Zugang zu einem Bildungssystem bekommen, das Kinder aus Akademikerfamilien stärker fördert, weil sie in Gegenden leben, in denen frühe Förderung und die Erwerbsbeteiligung der Mütter schon an unzureichenden Kindertagesbetreuungs- und Ganztagschulplätzen scheitern oder weil sie in prekären Jobs arbeiten. Gesellschaftliche Ungerechtigkeit wird von einer Generation auf die nächste vererbt.

### Sozialer und rechtlicher Status

Die Frage der sozialen Gerechtigkeit ist mit Zuwanderung gekoppelt, betrifft aber nicht alle Kölner\*innen mit internationaler Geschichte gleichermaßen. Es gibt Menschen, die in der dritten oder vierten Generation hier leben und als Arbeiter\*innen, Angestellte, Freiberufler\*innen ihre Existenz nicht nur sichern, sondern gesellschaftliches Renommee finden. Es gibt die, die während der verschiedenen Krisen und Kriege als Geflüchtete kamen und, endlich anerkannt, ihr Leben gestalten konnten und es gibt die, die seit Jahrzehnten nicht ankommen dürfen, weil sie immer noch keinen sicheren Aufenthaltsstatus haben und die Abhängigkeit Transferleistungen an ihre Kinder weitergeben mussten. Und natürlich leben in Köln auch die, die den aktuellen Nützlichkeitsabwägungen folgend, im Ausland angeworben wurden und werden, um hier dem Fachkräftemangel z.B. im Gesundheitssystem oder der Pflege etwas entgegenzusetzen.

Die Mehrheit der 40,5% Kölner\*innen mit internationaler Geschichte hat, trotz aller Schwierigkeiten mit gesellschaftlichen Zuweisungen und Diskriminierungen, die es bis heute auf dem Wohnungs- oder Arbeitsmarkt gibt, einen Platz gefunden, der gesellschaftliche und soziale Teilhabe ermöglicht.

### Von Anerkennung bis Chancenlosigkeit

Aber es gibt auch die, die sich aus eigener Kraft aus der Armut nicht befreien können, die schon wegen der Adresse auf dem Bewerbungsschreiben niemals einen Termin zu einem Vorstellungsgespräch bekommen oder bestenfalls von einer prekären Beschäftigung in die nächste weitergereicht werden.

Kaum eine Chance anzukommen, haben die Frauen und Männer, die zugewandert sind, um möglichst unsichtbar auf Schlachthöfen, auf Spargelfeldern, auf dem Bau, in Nagelstudios oder in der privaten Pflege zu arbeiten – oft ohne soziale Absicherung und unter unzumutbaren Umständen.

Ganz am Ende stehen die, die hofften, in Deutschland eine Existenz aufzubauen und gescheitert sind, die auf der Straße, in Unterkünften, in illegal mehrfach belegten Wohnungen oder im Zelt hausen – verloren zwischen allen Welten.

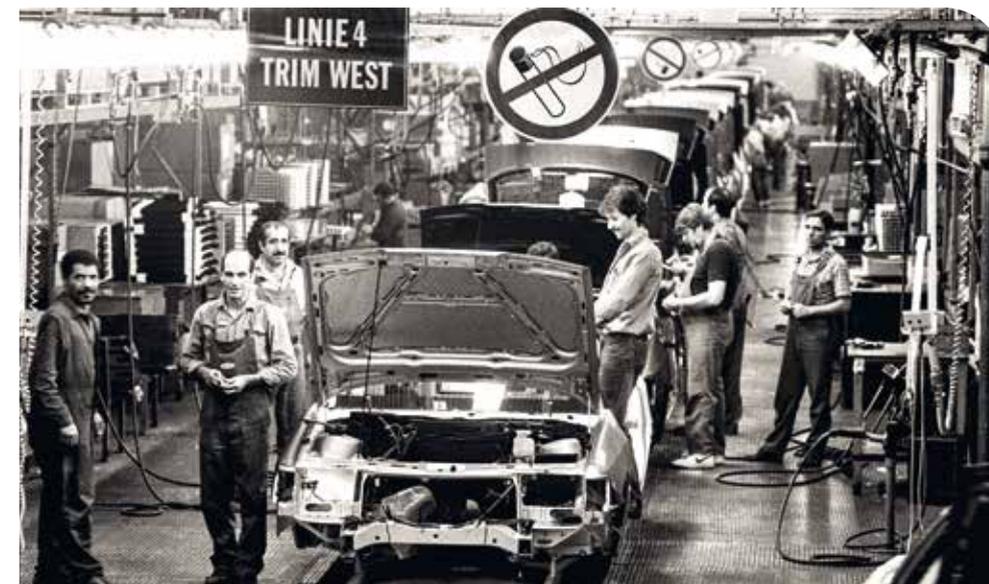
Deutschland ist längst ein Einwanderungsland. Für viele Menschen mit internationaler Geschichte ist Deutschland ein Sehnsuchtsland, weil sie darauf hoffen, hier in Frieden und Demokratie leben und mit einer guten Arbeit ihr Leben und ihre Zukunft bestreiten zu können.

Nach Jahrzehnten der Erfahrung mit Zuwanderung sollte sich der Blick von den Nützlichkeitsabwägungen der Arbeitsmarktpolitik auf die Menschen wenden, die nach Deutschland und Köln kamen, kommen und in Zukunft kommen werden. Sie alle haben einen Anspruch darauf, Teil einer sozial gerechten, toleranten und humanitären Gesellschaft zu sein, gleichgültig, wie qualifiziert, belastet oder gar hilfebedürftig sie sind. Sie alle können sich, in einer Gesellschaft, die auf Chancengleichheit und Wertschätzung vorhandener Ressourcen setzt, entsprechend ihrer Möglichkeiten und Interessen entwickeln und zeigen, was in ihnen steckt.

Es war und bleibt Aufgabe des Runden Tisches für Integration, sich für eine sozial durchlässige Gesellschaft, für mehr Chancengleichheit und eine Einwanderungspolitik einzusetzen, die humanitären und nicht zuerst Nützlichkeitsüberlegungen folgt.

**Anne Rossenbach.** Referentin für Öffentlichkeitsarbeit, Ehrenamt und sozialpolitische Grundsatzthemen im Sozialdienst katholischer Frauen e.V. Köln

Großeltern, Eltern und Kinder – Lebensgroße Drei-Generationen-Portraits türkischer Migrant\*innen ein Fotoprojekt für das DOMiD aus 2011. © Guenay Ulutuncok



Türkische Arbeiter bei Ford in den 1980er Jahren. © Guenay Ulutuncok

## Gute Arbeit als eine Säule der Integration

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Seit mehr als 60 Jahren kommen Menschen aus verschiedenen Ländern nach Deutschland. Viele von ihnen haben hier ihren Lebensmittelpunkt gefunden. Doch diese Entwicklung wurde über Jahrzehnte von Politik und Teilen der Gesellschaft ignoriert – mit negativen Folgen für die Eingliederung in Bildung, Arbeitsmarkt und Gesellschaft.

Für den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften ist lange klar: Arbeit hat eine zentrale Bedeutung für gesellschaftliche Teilhabe und damit für Integration. Dort, wo es Tarifverträge und betriebliche Mitbestimmung gibt, gelten sie gleichermaßen für alle Beschäftigten – gleicher Lohn für gleiche Arbeit, unabhängig von Herkunft oder Geschlecht. Ein Blick in die betriebliche Praxis zeigt aber, dass dieser Anspruch bei weitem noch nicht flächendeckend erfüllt ist. Tarifverträge und Mitbestimmung sind keine Selbstläufer.

### Ungleichheit auf dem Arbeitsmarkt

Öffentliche Statistiken belegen: Es sind weit überdurchschnittlich Menschen mit Migrationsgeschichte, die in einfachen, meist prekären Arbeitsverhältnissen beschäftigt sind. Aufenthaltsrechtliche Bestimmungen, wirtschaftliche Not, hapernde Kenntnisse der geltenden Arbeitsmarktregeln, fehlende Qualifikationen oder eine unzureichende Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen und Qualifikatio-



35. Std.-Woche Demonstration der Gewerkschaften, Bonn, 1985 © Guenay Ulutuncok

nen sind Faktoren, die besonders Menschen mit Zuwanderungsgeschichte dazu zwingen, prekäre Arbeit anzunehmen. Und natürlich gibt es auch Arbeitgeber, die diese Situation – diese Notlage – ausnutzen. Das gilt besonders für das Bau- und Reinigungsgewerbe, für das Hotel- und Gaststättengewerbe, für die Logistik und Paketzustellung, für die Fleischindustrie und Landwirtschaft.

Die Zahl der prekären Beschäftigungsverhältnisse ist in den vergangenen Jahren ständig gestiegen. Diese Entwicklung hat gesellschaftliche Folgen: Harte Arbeit bei ungünstigen Tageszeiten und geringem Lohn zeigen mangelnde Wertschätzung – von Seiten der Arbeitgeber wie von Seiten der Kunden, die diese Dienstleistungen nutzen. Insofern kann man von einer doppelten Abwertung sprechen, die sich auf das Leben der Beschäftigten direkt auswirkt – von gesellschaftlicher Teilhabe und Integration, über die Wohnsituation, bis hin zu Fragen der Ernährung und Gesundheit. Verschärfend kommt hinzu, dass Bildungserfolge von Kindern und Jugendlichen immer noch stark von der sozialen Herkunft abhängen.

Mit Projekten wie »Faire Mobilität« oder internationalen Rechtsschutzkooperationen unterstützen DGB-Gewerkschaften von prekärer Arbeit und Ausbeutung Betroffene auf der individualrechtlichen Ebene. Doch das alleine reicht nicht. Die gewerkschaftliche Beratungspraxis zeigt, dass gerade Migrant\*innen mit prekären Arbeitsbedingungen aus Angst vor arbeits- oder aufenthaltsrechtlichen Konsequenzen davor zurückschrecken, ihre Rechte einzufordern und notfalls einzuklagen. Hinzu kommt, dass das Prinzip von freien, staatlich unabhängigen Gewerkschaften für einen Teil der Migrant\*innen unbekannt ist und damit einen Zugang erschwert.

### Ziel sind menschenwürdige Arbeits- und Lebensverhältnisse

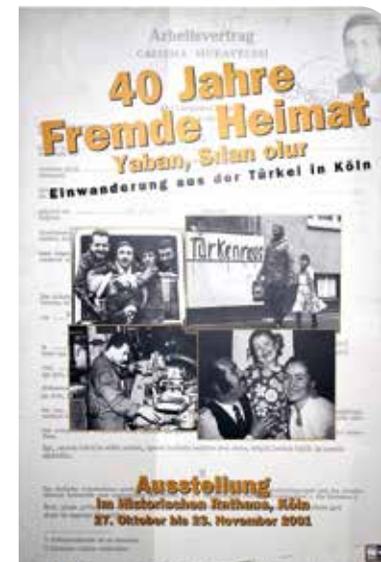
Auch deswegen setzen sich der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften für strukturelle Veränderungen ein, z.B. umfassende Arbeitsmarktreformen einschließlich der Abschaffung von prekären Beschäftigungsformen, eine Ausweitung der Tarifbindung, mehr betriebliche Mitbestimmung, eine deutliche Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns und stärkere Kontrollen von Aufsichtsbehörden. Das schützt nicht nur die von Ausbeutung betroffenen Arbeitnehmer\*innen und fördert damit Teilhabe und Integration. Es schützt gleichzeitig die Betriebe und Beschäftigten mit guten Arbeitsbedingungen vor einem Unterbietungswettbewerb.

Zusätzlich unterstützen DGB und Mitgliedsgewerkschaften betriebliche oder trägerbasierte (Anpassungs-)Qualifizierungen, die darauf zielen, spezifische arbeits-

marktrelevante Fachkenntnisse zu vermitteln. Dies ist dringend notwendig, da z.B. technische Normen, Arbeitsabläufe oder Arbeitsschutz international unterschiedlich gestaltet sind. Mit einer spezifischen Anpassungsqualifizierung, die an den in den Herkunftsländern erworbenen Kompetenzen anknüpft, lässt sich die Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt verbessern. Außerdem führt der DGB arbeitsrechtliche Multiplikatoren\*innen-Schulungen durch, damit Aktive aus den Bereichen der Selbstorganisation von Migrant\*innen oder der Willkommensinitiativen ihre Beratungsarbeit erweitern können.

Der Runde Tisch für Integration ist in diesem Zusammenhang eine wichtige Schnittstelle in der Kölner Zivilgesellschaft. Seine Stärke liegt in seiner Zusammensetzung: Unterschiedliche Institutionen und Organisationen engagieren sich mit ihren spezifischen

Sichtweisen und Angeboten gemeinsam für mehr Chancengerechtigkeit, eine verbesserte Integration und eine vielfältige Gesellschaft ohne Diskriminierung. Dabei hat sich der Runde Tisch regelmäßig mit Themen der Arbeitswelt beschäftigt. In den vergangenen Jahren z.B. mit der Ausbeutung von Menschen mit Migrationshintergrund (»Die im Dunkel sieht man nicht«, 2021), mit rechtlichen Regelungen zur Fachkräfteeinwanderung (2019), mit der Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten (2018) sowie mit Fragen der (beruflichen) Bildung im Kontext von Migration (2015).



### Jörg Mährle

Geschäftsführer, DGB-Region Köln-Bonn

## Gleichstellung von Frauen

Der Deutsche Bundestag beschloss vor 65 Jahren, am 3. Mai 1957, das »Gesetz über die Gleichberechtigung von Mann und Frau auf dem Gebiet des bürgerlichen Rechts«, das sogenannte Gleichberechtigungsgesetz. Jedoch sind Frauen im Gegensatz zu Männern im Berufs- und Familienleben nach wie vor benachteiligt. Durch die etablierten gesellschaftlichen Strukturen, die überwiegend von Männern dominiert und beeinflusst werden, wird diese Ungleichheit weiterhin aufrechterhalten. In diesem Konstrukt ist die muslimische Frau mit Migrationsbiografie von einer intersektionalen Diskriminierung betroffen. Ihr wird vor allem oft die Handlungsfähigkeit und Selbstbestimmung abgesprochen, wodurch sie kaum gesellschaftliche Gleichstellung erfährt. Trotz erlebter Diskriminierung finden Frauen dennoch ihren Weg zur Partizipation, Mitbestimmung sowie Einforderung ihrer Rechte.

### Ein Zentrum für Begegnung und Bildung

Aus dieser Motivation heraus haben sich 25 muslimische Frauen vor 25 Jahren in Köln als Empowermentinitiative zusammengeschlossen. Im Laufe der Jahre ist aus diesem kleinen Zusammenschluss ein selbstbestimmtes, etabliertes, muslimisches Sozialzentrum als Beispiel für muslimische Wohlfahrtspflege geworden. Das Begegnungs- und Fortbildungszentrum muslimischer Frauen setzt sich seither für Geschlechtergerechtigkeit, Chancengleichheit, Vielfalt, ein gewaltfreies Miteinander sowie die Förderung von sozial- und bildungsbenachteiligten Gruppen ein. Das

Das Engagement des Begegnungs- und Fortbildungszentrum muslimischer Frauen (BFmF) e.V. zur Gleichstellung insbesondere für Frauen mit Migrationsbiographie © BFmFe.V.



breitgefächerte Angebot etablieren zu können, war und ist weiterhin ein langer beschwerlicher Weg der gleichberechtigten Anerkennung. Die professionelle Arbeit des Vereins musste im Laufe der Jahre immer wieder unter Beweis gestellt und viele Vorbehalte den muslimischen Frauen gegenüber überwunden werden. Die Frauen des BFmF e.V. haben es mit viel Akribie und großem Engagement geschafft Anlauf- und Beratungsstellen sowie Bildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten nicht nur für Frauen, sondern für die Gesamtgesellschaft aufzubauen.

Im BFmF können Hilfesuchende die Migrations-, Flüchtlings-, Schuldner- und Verbraucherinsolvenz-, Erwerbslosen- und die niederschwellige Familienberatungsstelle aufsuchen. Als Träger der freien Jugendhilfe (nach §75 KJHG) bietet der Verein Schüler\*innen Übermittagsbetreuung, eine Kita für U3-Kinder mit Familienzentrum mit dem Schwerpunkt Mehrsprachigkeit sowie eine Kinderbetreuung während der Kursangebote an. Über die anerkannten drei Bildungswerke (Muslimisches Frauenbildungswerk Köln, Muslimisches Familienbildungswerk Köln, Muslimische Akademie) finden verschiedenste Bildungsangebote statt. Frauen können den Hauptschulabschluss der 9. und 10. Klasse erwerben, es werden Integrations- und Alphabetisierungskurse sowie berufsbezogene Deutschkurse angeboten, Eltern können an (mehrsprachigen) Erziehungskompetenzkursen teilnehmen und qualifizierte Referentinnen des BFmF bieten Interessierten interkulturelle und interreligiöse Seminare und Fortbildungen, mit dem Ziel den Zusammenhalt unserer Gesellschaft zu fördern, an.

### Gleichberechtigte Partizipation als gemeinsame Aufgabe

Mit dieser Zielsetzung ist der BFmF e.V. mit dem Kölner Runden Tisch für Integration zusammengelassen. Aus der gemeinsamen Verantwortung heraus sehen wir uns in der Pflicht für ein gleichberechtigtes Miteinander, Partizipation, gleichberechtigte Teilhabe und Chancengleichheit einzustehen. Der Austausch sowie die Zusammenarbeit am Runden Tisch mit allen wichtigen Akteur\*innen Kölns verschafft benachteiligten und ausgegrenzten Menschen eine Stimme für ihre Rechte. Diese Grundsätze sind im Leitbild des Kölner Runden Tisches fest verankert und sind in dem Manifest der Vielfalt, Zusammenhalt und gleichberechtigte Partizipation in Köln niedergeschrieben. Der Kölner Runde Tisch schafft so auch für uns eine Plattform des Austauschs und der Unterstützung als Basis für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Diese wichtige Aufgabe muss so lange weiter fortgeführt werden, bis eine soziale Gerechtigkeit, gleichberechtigte Teilhabe und Chancengleichheit für alle Menschen in Köln geschaffen ist.

Nilgün Filiz, Stellv. Geschäftsführung BFmF e.V.

Havva Aktaş-Dalci, Projektmanagement BFmF e.V.

## Interkulturelle Öffnung der Dienste in Köln

Seit Jahrzehnten wird auch in Köln über den Abbau bzw. die Senkung der Zugangsbarrieren zu den gesamten Angebotsstrukturen und Institutionen der öffentlichen Einrichtungen diskutiert. Es wird beanstandet, dass diese in der Regel nicht interkulturell geöffnet sind und deshalb auch nicht über interkulturell orientierte Arbeitskonzepte verfügen. Zu deren Ressourcen gehören neben strukturellen und personellen Maßnahmen auch Maßnahmen der Aus-, Fort- und Weiterbildung. In fast keinem der genannten Bereiche – insbesondere in den städtischen Einrichtungen – spiegelt sich bisher die kulturelle, sprachliche und religiöse Vielfalt unserer Stadt partizipativ wider.

Der Kölner Runde Tisch für Integration setzt sich seit Jahrzehnten mit diesem Thema auseinander. So wurde die etwa die Gründung eines Amtes für multikulturelles Zusammenleben vorgeschlagen. Dieses sollte strukturell ähnlich wie das »Amt für multikulturelle Angelegenheiten« in Frankfurt sein. Das heißt, ihm sollte hohe Priorität eingeräumt und werden und es sollte direkt der Oberbürgermeisterin zugeordnet sein.

Oberbürgermeisterin Reker setzte ihr Wahlversprechen um und richtete das »Amt für Integration und Vielfalt« ein. Doch wurden damit bisher noch keine spürbaren interkulturellen Öffnungsprozesse in den städtischen Einrichtungen eingeleitet. Weiterhin bestehen für Migrantinnen und Migranten Zugangsbarrieren zu den öffentlichen Einrichtungen (Verwaltung, Ämtern, Behörden, Ausländeramt, Gesundheitsbereich).

Ali Kemal Gün, Henriette Reker © Ali Kemal Gün



### Es fehlt eine Gesamtstrategie zum Abbau von Zugangsbarrieren

Interkulturelle Öffnung ist ein bewusst gestalteter Prozess, der den Menschen aus unterschiedlichen Kulturen, Ethnien und Religionen einen gleichberechtigten Zugang zu den von den Regeldiensten bereitgestellten Versorgungsleistungen ermöglicht. Dies setzt einen als Gesamtstrategie angelegten mittel- und langfristigen Prozess der Organisations-, Personal- und Qualitätsentwicklung voraus und ist nur durch strategisch geplanten Abbau der Zugangsbarrieren zu allen Bereichen möglich.

Will man die Versorgung der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte nachhaltig verbessern und die Strukturen der Regelversorgung an die demographische Entwicklung unserer Gesellschaft anpassen, so ist die Interkulturelle Öffnung der Angebotsstrukturen eine Herausforderung für die gesamte Gesellschaft und eine zeitgerechte Notwendigkeit.

Ausgehend von der Tatsache, dass in Köln über 180 Nationalitäten leben, müsste bei allen städtischen Behörden die Mehrsprachigkeit als Ressource betrachtet und die Anwendung der Mutter- und Fremdsprachigkeit gezielt gefördert werden. Leider ist es immer noch in einigen städtischen Behörden die Praxis, dass die mutter- bzw. fremdsprachigen Mitarbeitenden mit ihrer Klientel nur auf Deutsch kommunizieren.

Interkulturelle Öffnung ist eine Mammutaufgabe für alle Institutionen und Einrichtungen der Stadtgesellschaft, sie muss »von oben gewollt und von unten getragen sein«. Sie sollte ein Teil jeder »Unternehmenskultur« sein und auf Leitungs- und Mitarbeitererebene angesiedelt werden. Dabei geht es um eine strategische und struktu-

Andreas Vetter, Geschäftsführer des Integrationsrates der Stadt Köln präsentiert die »Sinus Studie Migrantenmilieus« 2018



**Woran kann u.a. erkennbar sein, dass eine Einrichtung, eine Institution bzw. Angebotsstruktur interkulturell geöffnet ist:**

- In der Stadtgesellschaft ist ein deutlicher und unmissverständlicher politischer Wille vorhanden, alle Einrichtungen, Institutionen und Angebotsstrukturen interkulturell zu öffnen. Dieser wird durch klare Ratsentscheidungen untermauert.
- Interkulturelle Öffnung bzw. interkulturelle Kompetenz ist in dem Leitbild der Einrichtung fest verankert und dieses wird von der Leitung gezielt gefördert.
- Kulturelle, sprachliche und religiöse Vielfalt der Stadtgesellschaft spiegelt sich in allen Einrichtungen oder Institutionen (z.B. in den städtischen Einrichtungen, insbesondere in den gehobenen Diensten) partizipativ wider.
- Die Einrichtung orientiert sich zunehmend an dem Gedanken der Interkulturellen Öffnung und Sozialen Inklusion und verbessert die Qualität seiner Leistungen kontinuierlich.
- Die Einrichtung senkt zielgerichtet die sozialen, kommunikativen und kulturellen Zugangsschwellen.
- Die Einrichtung hat für diese Tätigkeit (mit entsprechendem Stundenanteil) freigestellte Integrationsbeauftragte.
- Es gibt ein Maßnahmenprogramm für den Umgang mit Diskriminierung von Migrant\*innen.
- Interkulturelle Öffnung wird nach außen sichtbar gemacht und die Einrichtung präsentiert sich in der Öffentlichkeit als migrantensensibel.

- Unterschiedliche Bedürfnisse von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte werden berücksichtigt und dementsprechende Maßnahmen ergriffen.
- Es werden Informationsmaterialien in relevanten Sprachen bereitgestellt.
- Die Teams sind interkulturell aufgestellt.
- Es gibt eine Checkliste zur Überprüfung der Interkulturalität der Einrichtung und deren Qualitätskriterien sind klar definiert.
- In der Einrichtung wird den Mitarbeitenden mit Zuwanderungsgeschichte das Gefühl der Dazugehörigkeit, Wertschätzung und Anerkennung vermittelt.
- Vermittlung von Interkulturellen Kompetenzen werden in Theorie und Praxis in Fort- und Weiterbildungsprogrammen fest verankert.
- Es wird dafür gesorgt, dass in allen Bereichen eine Verständigungsbasis hergestellt wird und gegebenenfalls Sprach- und Integrationsmittler\*innen (SIM) in Anspruch genommen werden.
- In Stellenausschreibungen wird Interkulturelle Kompetenz gefordert, zu dem es einen Kriterienkatalog zur Auswahl der Bewerber\*innen gibt. Dabei werden bei gleicher Qualifikation Bewerber\*innen mit Mutter- und Fremdsprachenkompetenzen bevorzugt berücksichtigt.
- Es gibt ein Intranet Portal, in dem relevante Informationen und Arbeitshilfen allen Mitarbeitenden zugänglich gemacht werden.
- Das Kölner »Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft«, das durch die Beteiligung von über 300 Menschen in 23 Arbeitsgruppen mit ihrem enormen Einsatz (aus der Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und Migrantenselbstorganisationen) erstellt wurde, wird umfassend umgesetzt.

relle Anpassung dieser Dienste an die Bedürfnisse der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Beispielsweise ist die interkulturelle Öffnung der Gesundheitsdienste das wichtigste Rezept zur Verhinderung von Unter-, Über- und Fehlversorgung von Migranten mit dadurch erhöhten Kosten für die stationäre Therapie und Pflege.

Eine Institution bzw. Angebotsstruktur ist nicht schon dadurch interkulturell ausgerichtet, dass sie eine oder mehrere Fachkräfte mit Zuwanderungsgeschichte beschäftigt. Es kommt vielmehr darauf an, ob interkulturelle Öffnung ein fester Bestandteil strategischer Ausrichtung und das Personal (unabhängig von seiner Herkunft) interkulturell kompetent aus-, fort- und weitergebildet ist.

Dabei darf nicht vergessen werden, dass es sich um einen fortlaufenden Prozess handelt, der konsequent, unmissverständlich und bewusst betrieben und gefördert werden muss. Nur so kann strukturelle Diskriminierung der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte verhindert werden.

Geht es um gesundheitsbezogene Dienste, zeigt sich interkulturelle Ausrichtung der Einrichtung insbesondere im Bereich der Inanspruchnahme und in der Qualität der dort erbrachten Leistungen. Deren Verbesserung ist eine entscheidende





Voraussetzung zum Abbau von Zugangsbarrieren und zur Schaffung interkultureller Öffnung. Dabei müsste die Grundhaltung eines Gesundheitsdienstes dadurch geprägt sein, dass jeder Mensch wertvoll ist und Anspruch auf bestmögliche individuelle gesundheitliche Versorgung hat, unabhängig von Geschlecht, Alter, sozialer Herkunft, Kultur, körperlicher und geistiger Verfassung.

Es ist bedauerlich, dass das im Rahmen der Erarbeitung des »Konzeptes zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft« vorgelegte »Kommunale Gesundheitskonzept für Menschen mit Migrationshintergrund in Köln«

(Juni 2010) leider bisher noch nicht umgesetzt worden ist. Dieses Konzept wurde vom »Arbeitskreis Migration und Gesundheit« in zweijähriger Arbeit erstellt. Es ist zwar noch nicht vollständig, muss noch ergänzt, aktualisiert und weiterentwickelt werden, aber selbst wenn nur einige der Handlungsempfehlungen umgesetzt werden würden, wäre es ein Meilenstein zur Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung von Menschen mit Einwanderungsgeschichte.

Die bisherige Praxis in Köln lässt immer noch den deutlichen und unmissverständlichen politischen Willen vermissen, alle Einrichtungen, Institutionen und Angebotsstrukturen interkulturell zu öffnen. Es fehlen keine Konzepte, sondern die Überzeugung, dass eine interkulturell geöffnete Stadtgesellschaft mit allen ihren Strukturen für alle vorteilhaft ist.

**Dr. Ali Kemal Gün**

Psychologischer Psychotherapeut

## Gleichbehandlung

Im Jahre 2016 wandte sich ein Kölner Club mit folgender E-Mail an ein Mitglied des Runden Tisches für Integration – an das AntiDiskriminierungs Büro Köln/Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V. (ÖGG):

»wir (...) haben großes Interesse an einem Antidiskriminierungs- bzw. Antirassismustraining für unsere Türsteher. Wir betreiben unseren Club seit mehreren Jahren und die Security wird von einer externen Firma durchgeführt. Leider haben wir insbesondere im letzten Jahr festgestellt, dass eine »Politik der offenen Tür« immer schwieriger durchzuhalten ist, da es immer öfter zu Schlägereien, aber auch sexueller Belästigung von weiblichen Gästen gekommen ist. Wir versuchen deshalb nun öfter mal an der Tür alkoholisierte Personen bzw. Personen bei denen zu erkennen ist, dass sie evtl. ein Gewaltpotential haben, den Zutritt zu verwehren.« Er beschreibt, dass es nun häufiger zu Rassismusbeschwerden von Gästen kommt und führt aus: »Das Ganze ist kein einfaches Thema, insbesondere nicht für einen Club wie den unseren, zu dessen Selbstverständnis eine antirassistische und weltoffene Grundhaltung gehört. Wir würden deshalb gerne unser Personal von Profis schulen lassen, haben aber keinerlei Ahnung, wer solche Antidiskriminierungstrainings anbie-





Tayfun Kelttek, Vorsitzender des Integrationsrates der Stadt Köln



tet und wenden uns deshalb an Euch. Wir würden gerne eine Türpolitik definieren, die es schafft, die Balance zwischen Sicherheit und Antidiskriminierung zu halten, dafür brauchen wir aber Personal, das weiß, was Diskriminierung ist und wie man rassistische Denkschablonen aufbricht.«

### Ungleichwertigkeitsvorstellungen in der Gesellschaft

Seit den 1990er Jahren sind die beiden städtisch geförderten Antidiskriminierungsbüros des Caritasverbands und des Vereins ÖgG Anlauf-, Beratungs- und Fachstellen bei rassistischer Diskriminierung und Mitglied beim Runden Tisch für Integration. Ziel der Antidiskriminierungsarbeit ist es, »den Grundgedanken der Gleichbehandlung in allen gesellschaftlichen Strukturen und Institutionen auf sämtlichen Ebenen nachhaltig zu verankern«. Dies würde bedeuten, dass es ein Bewusstsein dafür gibt, dass Ideologien wie Ableismus (Strukturelle Benachteiligung von Menschen mit Beeinträchtigungen), Adultismus (Unterdrückung von Kindern durch Erwachsene), Ageismus (Altersdiskriminierung), Antisemitismus, Heterosexismus (Diskriminierungen von nicht-heterosexuellen Menschen), Klassismus (Diskriminierung aufgrund der sozialen Herkunft), Sexismus, Rassismus unser Denken und unsere gesamte Gesellschaft durchziehen und als Ordnungsprinzipien fungieren. Der Club aus dem Anfangsbeispiel hatte dies verstanden. Er nahm die Beschwerden nicht als Angriff wahr und wehrte sie somit nicht mit der Begründung ab, ein weltöffener Club mit Mitarbeiter\*innen aus vielen Nationen zu sein, sondern nahm die Beschwerden als Chance zur kritischen Reflexion der eigenen Arbeit dankbar an. Er

erkannte die Existenz von diskriminierenden Praktiken und Strukturen und dass es einer gemeinsamer Verantwortungsübernahme bedarf, um rassistische Strukturen sichtbar zu machen und aufzubrechen. Er sah rassistische Diskriminierung nicht nur als individuelles Phänomen, sondern verstand, dass dahinter auch institutionelle Abläufe und Strukturen stehen können. Zudem war ihm bewusst, dass Diskriminierung nicht mit Absicht geschehen muss, sondern dass es vielmehr um die Frage geht, welchen Effekt das eigene Handeln auf Menschen und die Gesellschaft allgemein hat.

### Die Ordnungsprinzipien des eigenen Denkens hinterfragen

Der Runde Tisch für Integration ist seit 30 Jahren eine kritische Stimme in der Stadt Köln. Immer wieder thematisiert er Schieflagen und setzt sich mit langem Atem dafür ein, dass Konzepte, wie das zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft nicht nur erarbeitet, sondern auch umgesetzt werden. Dafür legt der Runde Tisch für Integration sehr viel Wert auf die Einbeziehung unterschiedlicher Perspektiven und den Raum für Dialog. Regelmäßig setzt er sich dafür ein, dass Kölner Medien und Parteien sich ihrer Verantwortung bewusst sind und differenziert auch zu schwierigen Problemlagen Stellung beziehen, anstatt minorisierte Personengruppen zu stigmatisieren. Er macht auf unterschiedliche Machtgefälle in der Gesellschaft aufmerksam, die Partizipation verhindern und engagiert sich für die Stärkung der Antidiskriminierungsstrukturen in Köln, NRW und auf Bundesebene sowie die dringende Novellierung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes. Der Runde Tisch für Integration ist damit ein wichtiger Baustein im Kampf gegen Diskriminierung und zur Etablierung des Grundgedanken der Gleichbehandlung in der Kölner Landschaft. Doch selbstverständlich ist auch der Runde Tisch für Integration kein machtfreier Raum. Eine fortwährende kritische und sachliche Selbstreflexion eigener Ausgrenzungsmechanismen und Privilegien sowie ein fundiertes Wissen über Diskriminierung ist als Bündnis, das sich zur Aufgabe gemacht hat, sich mit Menschen mit Diskriminierungserfahrungen zu verbünden, unabdingbar. Ich wünsche dem Runde Tisch für Integration auch in den nächsten 30 Jahren viel Kraft und Durchhaltevermögen, viele Verbündete und kritische Begleiter\*innen.

Ilka Simon, AntiDiskriminierungsBüro Köln / Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V.



# Kommunale Mitbestimmung

Als der Kölner Runde Tisch gegen Ausländerfeindlichkeit 1991 gegründet wurde, konnten die in Köln lebenden Migrantinnen und Migranten, die sogenannten Ausländer nur in einem Ausländerbeirat ihre Wünsche und Interessen äußern. Von Mitbestimmung waren sie weit entfernt. Nur die Eingewanderten aus Ländern der Europäischen Union konnten ab 1992 in den Kommunen mitwählen. Möglich wäre auch eine Ausweitung des kommunalen Wahlrechtes auf Eingewanderte aus sogenannten Nicht-EU-Staaten. Seit 2004 wird in Köln mit den Kommunalwahlen auch ein Integrationsrat gewählt, der aber nur sehr eingeschränkte Rechte hat. Der Kölner Runde Tisch für Integration ist dort mit beratender Stimme vertreten.

Wie wichtig jedoch kommunale Mitbestimmung aus Sicht von Eingewanderten ist, erläutert Eli Abeke vom Bündnis 14 Afrika. Dieses Bündnis wurde zur Integrationsratswahl 2014 gegründet und war bis 2020 mit einem Mandat im Integrationsrat vertreten:

Das kommunale Wahlrecht impliziert zwei grundlegende Elemente und Prinzipien der Demokratie: Die Abhängigkeit von den Bürger\*innen und deren Eigenverantwortung durch Beteiligung und Vertretung in demokratischen Institutionen und Prozessen.

Bündnis14 Afrika © Francis Oghuma



Das wesentliche Anliegen des Runden Tisches ist, dass Bürger\*innen, unabhängig von Alter, Fähigkeit, Gruppe, Kultur und ethnischem oder religiösem Hintergrund, das gleiche Recht und die gleiche Möglichkeit haben, sich einzubringen und zum Funktionieren dieser Institutionen und Prozesse beizutragen.

Das Ziel in diesem Bereich ist klar: politische Unterstützung der Institutionen, um reaktionsschneller, verantwortungsbewusster und repräsentativer zu werden. Aktivitäten zu Schwerpunktthemen wie Bürgergemeinschaft, politische Teilhabe und politisches Vertrauen ethnischer Gruppen gaben Anstoß zu Diskussionsveranstaltungen, für Briefe an Kölner Mitglieder des Bundestags, für Pressemitteilungen, Demonstrationen, und Kooperationen im Kölner Integrationsrat. Der Integrationsrat und die Selbstorganisationen der Eingewanderten gaben Empfehlungen an den Kölner Stadtrat- und seine Ausschüsse. Für die gleichberechtigte Partizipation setzen sich politische Parteien, Gewerkschaften und viele Organisationen der Zivilgesellschaft ein. Der Weg nach vorn: die Realisierung von Multikultureller Demokratie in einer inklusiven Stadtgesellschaft in Köln.

## Gelebte Vielfalt durch Partizipation und Repräsentation

Mit dem Manifest für Vielfalt, Teilhabe und gleichberechtigte Partizipation hat sich der Kölner Runde Tisch auch für das kommunale Wahlrecht ausgesprochen. Es ist ein wichtiger Schritt, eine inklusive politische Partizipation und Repräsentation weiterentwickeln zu können. Dazu gehört die Einführung neuer Mandate oder Einrichtung neuer Mechanismen, um der Vielfalt gerecht zu werden. Diese Neuerungen sollen die wachsende Bedeutung der Eingewanderten, die hier oftmals schon in der dritten Generation leben, widerspiegeln. Das Ziel ist, dass ihnen der gleiche Wert wie allen Bürgerinnen und Bürgern beigemessen und ihre politische Kompetenz, Verantwortungsbereitschaft und ihr Engagement anerkannt wird.

Es ist eine Tatsache, dass soziales Vertrauen in Selbstorganisationen auf ethnischer Basis (Bündnis14 Afrika Köln) in Vertrauen zu lokalen politischen Institutionen übergehen kann, wenn Gemeindeleiter\*innen in das politische System integriert werden. Dies kann sowohl von unten nach oben als auch von oben nach unten funktionieren. Je höher die Beteiligung der Angehörigen einer ethnischen Gruppe in ihren Organisationen ist und je höher das Vertrauen der Basis in die Leitung dieser Verbände, desto höher kann die Qualität der multikulturellen Demokratie sein. Dazu trägt der Kölner Runde Tisch für Integration bei.

Eli Abeke, Bündnis14 Afrika

»Der Paß ist der edelste Teil von einem Menschen. Er kommt auch nicht auf so einfache Weise zustande wie ein Mensch. Ein Mensch kann überall zustande kommen, auf die leichtsinnigste Art und ohne gescheiterten Grund, aber der Paß niemals. Dafür wird er auch anerkannt, wenn er gut ist, während ein Mensch noch so gut sein kann und doch nicht anerkannt wird«  
 (aus: Bertolt Brecht, Flüchtlingsgespräche, entstanden 1940/41 im finnischen Exil).



## Die Kölner Bleiberechtskampagne für Geflüchtete mit Duldung

Der Pass ist ordnungsrechtlich der edelste Teil von einem Menschen, der Pass und der Aufenthaltstitel. Die »Duldung« ist das nicht. Die Duldung ist nichts. Sie ist nur eine Bescheinigung über die vorübergehende Aussetzung der Abschiebung. Da kann ein Mensch noch so gut sein.

Geflüchtete, denen nur eine Duldung erteilt wird, sind zur Ausreise verpflichtet und weitgehend rechtlos. Geduldete Menschen unterliegen einschneidenden Regelungen wie der sog. Residenzpflicht, Wohnsitzauflagen, Integrations- und Beschäftigungsverboten. Mitte 2021 lebten in Deutschland 242.656 Menschen, zum Teil seit vielen Jahren, unter dem Damoklesschwert der Abschiebung, die an jedem Tag und ohne Ankündigung stattfinden könnte. Das macht krank. Die Kinder »erben« die Duldung von ihren Eltern, nicht erbrechtlich, aber ausländerrechtlich; sie wachsen mit Angst und ohne Rechte auf. Der Gesetzgeber will es so.

### Wir wollen das nicht!

Ein Blick zurück in das Jahr 2016: Unmittelbar nach Merkmels berühmten Satz »Wir schaffen das!« wurden die ersten Gesetzesverschärfungen im Asyl- und Ausländerrecht beschlossen. Das Asylpaket I trat bereits im Oktober 2015 in Kraft, das Asylpaket II folgte kurz danach im März 2016.

Eine Folge dieser erheblichen Verschärfungen war der zahlenmäßige Anstieg von Geflüchteten, die nach Beendigung der Asylverfahren zur Ausreise verpflichtet

© Kölner Flüchtlingsrat e.V.



waren. Im Rahmen eines »Integrierten Rückführungsmanagements« sollten Abschiebungen besser koordiniert und schneller durchgeführt werden. Bereits im Juni 2016 erklärte das damalige Ministerium für Inneres und Kommunales NRW in einem ausführlichen Runderlass an die Ausländerbehörden die politische Zielsetzung, nämlich die Durchsetzung der Ausreisepflicht. Die Ausländerbehörden sollten den Ausreisepressure auf die Menschen verstärken.

Allerdings, mitten im Erlass, an einer Stelle, die leicht hätte überlesen werden können, stand ein einziger Satz, der eigentlich nichts anderes als auf die Rechtslage hinwies: »Im Übrigen wird auf die Möglichkeiten zur Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach dem 5. Abschnitt des Aufenthaltsgesetzes... hingewiesen (...)«.

Das war der Hinweis auf die gesetzlichen Regelungen zum Aufenthalt aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen. Diesen Satz, der nur eine Selbstverständlichkeit benannte, aber im inhaltlichen Kontext des Erlasses sehr einsam dastand, diesen Satz griffen wir auf. Wir fragten: Wo bitteschön bleibt das Integrierte Bleibemanagement?

### Der Runde Tisch als Fürsprecher für langjährig Geduldete

In der Stadt Köln lebten Anfang Juni 2016 rd. 4.500 Menschen nur mit Duldung, Anfang März 2017 waren es schon fast 5.800 Personen. Die Ausländerbehörde teilte damals auf unsere Anfrage mit, dass rd. ein Drittel dieser Menschen bereits länger als 5 Jahre in Deutschland lebte, viele von ihnen aber auch seit 8, 10 oder 15 Jahren. Ein großer Teil waren Geflüchtete aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens. Für uns ein unhaltbarer Zustand. Zusammen mit dem Rom e.V. und dem Kölner Runde Tisch für Integration initiierten wir noch 2016 die Kölner Bleiberechtskampagne. Die Initiator\*innen der Kampagne führten in der Folge Gespräche insbe-

#### Unsere Zielsetzungen waren:

- Schaffung von politischen, administrativen und öffentlichen Rahmenbedingungen als Gegengewicht zum »allgemeinen Trend«
- Systematische Einzelfallprüfung lange in Köln lebender Geduldeter, insbesondere Roma, unter Nutzung aller rechtlicher Spielräume
- Einbeziehung der Ausländerrechtlichen Beratungskommission
- Einbeziehung der Flüchtlingsberatungsstellen
- Entwicklung einer nicht abschließenden »Prüfliste« (auch »Leitlinien«) für Entscheidungen der Ausländerbehörde, u.a. mit
  - Integrationskriterien
  - vorrangiger Kindeswohlberücksichtigung
  - Gewichtungaspekten
  - Nutzung rechtlicher Instrumente wie z.B. Integrationsvereinbarungen / auflösenden Bedingungen / Aufenthaltserlaubnis »auf Probe«
- ggf. Eingabe an die Härtefallkommission NRW / Petitionsausschuss NRW.



sondere mit Vertreter\*innen der Ratsfraktionen, der Ausländerbehörde und der Oberbürgermeisterin, starteten eine Online-Petition und schalteten einen Offenen Brief im Kölner Stadt-Anzeiger mit der Überschrift: »Bleiberechte statt Duldung für Flüchtlinge«.

### Anstoß einer Erfolgsgeschichte

Die Aktivitäten der Kampagne führten bereits am 09.01.2017 zu einem mit großer Mehrheit verabschiedeten Beschluss des Hauptausschusses zu »Bleiberechtsperspektiven für langjährig geduldete Menschen in Köln«: »Der Hauptausschuss der Stadt Köln bittet die Verwaltung alle Initiativen zu fördern, die darauf hinwirken, für langjährig geduldete Menschen in Köln eine sichere Aufenthaltsperspektive zu schaffen. Dabei ist vorauszusetzen, dass sich die langjährig geduldeten Menschen aktiv um ihre Integration bemühen und bei Ihnen keine ausländerrechtlich zwingenden Abschiebegründe, z.B. aufgrund von Straftaten, vorliegen.«

Auch der Runde Tisch für Flüchtlingsfragen begrüßte die humanitäre Zielsetzung des Beschlusses und regte die Beteiligung der Ausländerrechtlichen Beratungskommission an. Diese bildete kurz darauf einen Arbeitskreis, um Entscheidungsleitlinien für ein »Bleiberechtsprojekt« zu entwickeln.

Am 20.03.2018 beschloss der Rat der Stadt Köln »Bleiberechtsperspektiven für langjährig geduldete Menschen in Köln«. Bestandteil des Beschlusses waren u.a. die Förderung von fünf Trägern der Arbeit mit Geflüchteten und die Bildung einer Bleiberechtsgruppe in der Ausländerbehörde.

Mittlerweile wurde das Projekt konzeptionell und finanziell stark ausgeweitet. Aus dem anfänglichen »Projekt« wurde ein »Programm«; ein sehr erfolgreiches Programm im Sinne der geduldeten Menschen, auch wenn es gelegentlich noch an manchen Stellen holpert. Festzustellen ist aber auch, dass es ohne die Kölner Bleiberechtskampagne nicht dazu gekommen wäre. Der Kölner Runde Tisch für Integration hat an ihrem Erfolg einen sehr großen Anteil!

Claus-Ulrich Pröbß Geschäftsführer des Kölner Flüchtlingsrat e.V.



Romaprotest vor dem Rathaus (oben).  
20.09.2020 Nach dem Brand in Moria: demonstrieren Kölner\*innen unter dem Motto »Es reicht! Wir haben Platz!«



Gregor Stiels, Fatma Oruc, Walburga Schürmann, Ludger Reiberg, Gönül Topuz, Wolfgang Uellenberg-van Dawen auf dem Schulhof der Kath. Grundschule An St. Theresien

## Bildungsgerechtigkeit

Seit Jahren nimmt Deutschland in internationalen Vergleichen einen unrühmlichen Spitzenplatz ein, wenn es um ein gerechtes Erlangen von Bildungserfolgen geht. In kaum einem Industrieland ist der Bildungserfolg einer Person so abhängig von ihrer Herkunft und ihrem sozio-ökonomischen Hintergrund wie in Deutschland.

Daher war und ist das Thema »Bildungsgerechtigkeit« ein wichtiges Anliegen für den Runden Tisch.

### Herausforderungen in den 90er Jahren

Anfang der neunziger Jahre war der Zugang zu Bildungseinrichtungen und Bildungsmaßnahmen für Kinder mit ausländischem Pass noch keineswegs sichergestellt. Das Recht auf den Schulbesuch für ausländische Kinder und Jugendliche durchzusetzen, war eines der frühen Anliegen des Runden Tisches. Erst 2005 wurde in Nordrhein-Westfalen die Schulpflicht für geduldete Flüchtlinge eingeführt.

Neben dem Recht auf Bildungsteilnahme im »Normalsystem« war die Forderung nach spezifischen Bildungsangeboten für gefährdete Jugendliche ein zweiter Schwerpunkt der Aktivitäten. Mit dem Projekt »Vorbeugen statt Ausweisen«, dem Konzept »Den Schulerfolg von Migranten verbessern« der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen Nordrhein-Westfalen (LAGA NRW) und dem Schulmodell »Amaro Kher«, in dem der Rom e.V., Roma Kindern eine angemessene Bildungschance ermöglicht, begleitete der Runde Tisch mehrere erfolgreiche Projekte.



### Übergang Schule-Beruf

Ein weiteres wichtiges Handlungsfeld war und ist der Übergang von der Schule in den Beruf. Im April 2000 wurde dazu ein eigenes Forschungsprojekt initiiert: »Junge Migrant\*innen in Köln – Wege in den Arbeitsmarkt«. Im Juni 2000 schrieb der Runde Tisch einen Brief an den Bundesarbeitsminister mit der Forderung, den Zugang zu Berufsausbildung und Arbeitsmarkt für junge Flüchtlinge zu verbessern und unterlegte sie mit konkreten Vorschlägen für die Umsetzung. Diese wurden auch im August 2000 in eine Podiumsdiskussion mit den Kölner OB Kandidaten und Kandidatinnen eingebracht. Wie die differenzierten Maßnahmen in der Förderung des Übergangs Schule – Beruf etwa durch Träger der Jugendberufshilfe und gefördert von der Handwerks- und Industrie-Handelskammer zeigen, waren diese Vorstöße erfolgreich.

### Zugänge zu Bildungsabschlüssen erschwert

Das Recht auf Bildung umzusetzen und die Möglichkeit einen erfolgreichen Schulabschluss zu erlangen, waren nicht zuletzt 2015/2016 wichtige Themen für den Runde Tisch. Die Stadt Köln hatte mehr als 15.000 Geflüchtete, darunter viele Kinder und Jugendliche aufgenommen. Seit 2016 ist es bis heute über 18-jährigen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte nicht mehr möglich in den Berufskollegs ihren Hauptschulabschluss zu machen. Aufgelegte Förderprogramme bieten keine vergleichbare Perspektive wie ein Schulabschluss. Wichtige Möglichkeiten der Integration werden so genommen.

### Aktuelle Herausforderungen

Mit den Schulschließungen in der Pandemie 2020 und der Umstellung auf einen digital vermittelten Unterricht, wurden die schon lange bekannten ungleichen Bildungschancen mehr als deutlich. Die Pandemie hat die vorhandene Bildungsbenachteiligung vieler Kinder nicht verursacht, aber sie hat die Hürden für den Zugang zur Bildung deutlich offengelegt. Ein deutschsprachiges Elternhaus mit der notwendigen digitalen Ausstattung und dem vorhandenen Wissen, waren notwendige Voraussetzungen für ein erfolgreiches Lernen in dieser Zeit.

Viele Familien, die sich in einer sozial angespannten Lage befinden, von Armut bedroht sind, in Flüchtlingsunterkünften leben oder nicht ausreichend die deutsche Sprache sprechen, waren über Monate vom Lernen abgeschnitten. Kindern fehlten die Sprachvorbilder und die Gemeinschaft, um Alltags- und Bildungssprache zu erwerben.

Die einzelnen Schulen können es nicht leisten, die entstandene Kluft zu überwinden. Es fehlt ein ganzheitlicher Förderansatz der Bildungsbenachteiligung ausgleicht. Die entstandenen Landesprogramme zum »Aufholen nach Corona« gehen oftmals an den Bedürfnissen der benachteiligten Kinder vorbei.

### Der Runde Tisch hat daher Forderungen zur Bildungsgerechtigkeit im Landtagswahlkampf 2022 formuliert. Sie lauten:

1. Elternwillen ernst zu nehmen und auf allen Ebenen die gleichberechtigte Elternbeteiligung und Mitsprache zu sichern.
2. Alle Kinder herkunftssprachlich abzuholen und die natürliche Mehrsprachigkeit durch entsprechende Angebote im Schulsystem zum Bildungsaufstieg zu nutzen.
3. Ungleiches ungleich zu behandeln und prioritär die materielle und personelle Ausstattung von Schulen in ökonomisch benachteiligten Vierteln zu verbessern und sie enger mit interkulturellen Unterstützungsangeboten zu vernetzen.
4. Die Integrationsfähigkeit des Schulsystems zu erhöhen umgehend so viele Gesamtschulplätze einzurichten wie seit Jahren von den Eltern eingefordert werden.

Als Stadtgesellschaft sollten wir ein gemeinsames Interesse daran haben, dass alle Schülerinnen und Schüler erfolgreiche Bildungsbiografien mit Abschlüssen und Anschlüssen am Ende ihrer Schulzeit vorweisen können. Die Bildungsbenachteiligung viele Kinder und Jugendlicher belastet die Zukunft unserer Stadtgesellschaft mit einer schweren Hypothek. Es muss dringend gehandelt werden.

**Gregor Stiels**, Vorsitzender des Katholikenausschusses in der Stadt Köln und Leiter der Gemeinschaftsgrundschule An St. Theresia

**Ludger Reiberg**, ehem. RAA Köln, Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien

Der Runde Tisch für Integration diskutiert kontinuierlich die Wirkung der Medien auf die Integration der Menschen mit Migrationshintergrund. So hat er 2019 diesbezüglich den Intendanten des Westdeutschen Rundfunks Tom Buhrow angeschrieben. Tom Buhrow hat in seiner Antwort betont, dass »das interkulturelle Leben in NRW als zentrales gesellschaftliches Thema gesehen wird« und dass es zum Auftrag des WDR gehört »dieses in den Programmen und in der Belegschaft zu widerspiegeln«. Die Mitglieder des Runden Tisches, die das Thema Medien betreuen, haben folgenden Text verfasst.

## Migration, Integration und Medien

Medien prägen unser Leben in Wechselwirkung: Je nach Lebensphase und den Zusammenhängen, in denen wir leben, bevorzugen wir bestimmte Medien und Formate. Diese sind gleichzeitig ein Spiegel der Gesellschaft, in dem wir uns und unsere Wirklichkeit sehen wollen. Wie weit kommen die Menschen mit Migrationshintergrund mit diesen Maßstäben? Welche Medien haben an welcher Stelle des Migrationsprozesses welche Bedeutung für Migrant\*innen und welche Wechselwirkungen entfalten die Medien in Integrationsprozessen? Kommen Menschen mit Migrationsgeschichte in den Massenmedien vor? Wie wird über sie berichtet und welche Rolle spielen sie z. B. in Filmen, Shows und Fernsehserien? Andere Seite der Medaille: Wie vielfältig sind die Redaktionen von deutschen Massenmedien und wie viele Medienmacher\*innen mit Migrationshintergrund sind dort beschäftigt?

»Wenn ich eine Migrantin als Moderatorin sehe, denke ich: Cool, sie hat es geschafft!« Das sagte eine junge Frau, die 2020 an einer Studie des Westdeutschen Rundfunks (WDR) teilgenommen hat. Darin hat der Sender junge Menschen mit Einwanderungsgeschichte zu ihrer Mediennutzung und Erwartungen befragt. Vorbilder tragen bekannterweise der Integration bei, und zwar beidseitig: Eine angemessene Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund in den Massenmedien könnte ihre Identifikation mit der Kultur, in der sie leben, erleichtern und auch dazu beitragen, dass sie von der Mehrheitsgesellschaft anders wahrgenommen werden, als es Vorurteilen entspricht.

### Anerkennung gesellschaftlicher Vielfalt

Ein Drittel der Menschen in NRW hat eine eigene oder familiäre Einwanderungsgeschichte, in Städten wie Hagen, Wuppertal oder Bielefeld sind es rund 40 Prozent. Vor allem die jüngere Generation erlebt einen Alltag, in dem die binären Aufteilungen in Einheimische und Zugewanderte größtenteils nicht mehr aussagekräftig sind. Aber, ist diese Gesellschaft so auch in den Medien hörbar und sichtbar?

Denn während die Gesellschaft immer pluraler wird und sie sich durch die Erfahrung der Migration und interkulturellen Interaktion immer wieder neu definiert, sind

deren medialen Bilder oft statisch. In den letzten Jahren hat sich hier viel getan, trotzdem werden Menschen mit Einwanderungsgeschichte oft erst dann zu Protagonist\*innen, wenn es um Themen wie Migration oder Integration geht. Bei anderen Themen wird ihre Präsenz gerne »gerechtfertigt«, ihre Einwanderungsgeschichte »erklärt«.

Dabei geht es um mehr als reine Abbildung. Die klassischen Medien spielen eine wichtige Rolle für die Positionierung von Menschen in der Gesellschaft. Wenn diese in den Medien stereotyp dargestellt oder auf vermeintliche kulturelle Merkmale reduziert werden, oder wenn sie in den Inhalten gar nicht vorkommen, kann das dazu beitragen, das Bild einer Gesellschaft zu verfestigen, in dem Zugewanderte zu »Anderen« gemacht werden.

Um die Diskrepanz zwischen der Gesellschaft und deren medialen Darstellung zu überwinden, müssen sich die Funkhäuser und Zeitungen also fragen, ob sie in ihren Redaktionen wirklich die Gesellschaft widerspiegeln. Es müssen die Kompetenzen aller Medienmacher\*innen gestärkt und der journalistische Nachwuchs entwickelt werden. Moderator\*innen mit Einwanderungsgeschichte, Expert\*innen und Protagonist\*innen in den Inhalten, sie alle tragen zu einer besseren Repräsentativität bei.

WDR grenzenlos nennt sich die journalistische Talentwerkstatt für junge Menschen mit internationalen Biografien.  
© WDR/Annika Fußwinkel



Die junge Generation zeigt es vor: Sie geht selbstverständlich mit ihren Erfahrungen und Geschichten um. »Wir sind hier und wir sind Teil dieser Gesellschaft«, sagen sie und suchen selbst Wege, um vor allem in digitalen Formaten gesehen und gehört zu werden. Diesen Zeitgeist müssen auch die klassischen Medien aufgreifen und authentische Geschichten erzählen, die Lebenswirklichkeit abbilden und eine multiperspektivische Darstellung der Gesellschaft bieten.

### Abbildung des ganzen gesellschaftlichen Lebens

Dafür braucht es auch eine Auseinandersetzung mit der journalistischen Praxis insgesamt: Wer ist »wir« in unseren Inhalten? Wie sieht unser Publikum eigentlich aus? Schon dadurch ergibt sich ein Bild der »Normalität«. Diese ist hier der Schlüssel: Vielfalt in den Medien ist kein Minderheitenangebot, kein Zugeständnis an Partikularinteressen oder Schritt hin zur gesellschaftlichen Fragmentierung. Vielmehr bietet sie den Medien die Chance, der Raum zu werden, in dem das gesamte gesellschaftliche Leben abgebildet und diskutiert wird. Nur so können sie auch für die jungen Menschen relevant bleiben – in linearer, digitaler oder welcher Form auch immer.

Vielfältige Redaktionen sind dafür unverzichtbar. Mittlerweile gibt es mehrere Generationen von Journalist\*innen mit Migrationshintergrund, genauso viele Darsteller\*innen. Dennoch ist die Zahl der redaktionellen und freien Mitarbeiter\*innen mit Migrationshintergrund in den deutschen Medien gering. Laut einer Studie aus 2016 beträgt deren Anteil je nach Medium nicht mehr als vier bis fünf Prozent. In der Gruppe der Entscheidungsträger\*innen ist die Zahl ebenfalls gering: Die Neuen deutschen Medienmacher\*innen haben in einer Umfrage unter Chefredakteur\*innen nur 6 Prozent ermittelt. Dabei liegt der Anteil in der Gesamtbevölkerung bei 26 Prozent. Aus unserer Sicht haben die Medien als einer der wichtigsten Faktoren der Integration diesen Gap zu überwinden und dadurch nicht nur vielfältigere Geschichten über die Gesellschaft zu erzählen, sondern auch die Teilhabe der Menschen mit Migrationshintergrund in den Medien zu ermöglichen.

**Iva Krtalic**, Beauftragte für Integration und interkulturelle Vielfalt im WDR

**Ayse Tekin**, Vorsitzende des Gesamtpersonalrats der DW



## Betroffene beteiligen

Partizipation ist eine Stärke von zivilgesellschaftlichen Bündnissen, so auch beim Kölner Runden Tisch für Integration. Beteiligungsprozesse passieren jedoch nicht von selbst, sondern brauchen den Willen, die Ermutigung und Förderung der Aktiven. Wer will, dass Menschen sich verantwortlich fühlen, muss Mitwirkung und gleichberechtigte Teilhabe ermöglichen.

Der Runde Tisch für Integration hat sich zum Ziel gesetzt, ein Runder Tisch der Realitäten vor Ort zu sein. Es sollen Akteur\*innen unterschiedlichster Lebenswirklichkeiten, Lebens- und Berufserfahrungen und Zugängen in stadtesellschaftlichen Bereichen eingebunden und repräsentiert werden. Dazu nutzen die Engagierten verschiedene Instrumente. Zum einen werden politische Verantwortliche als auch als Referierende für die Teilnahme am Bündnis angefragt. So können Interessen, Bedarfe und Fragen unmittelbar an die Politik herangetragen werden. Zum anderen wird durch Öffentlichkeitsarbeit versucht, unterschiedliche Perspektiven und Interessengruppen einzubinden. Die Öffentlichkeitsarbeit umfasst Pressemitteilungen, Offene Briefe an politische Vertreter\*innen, die Beteiligung an Kundgebungen und Demonstrationen und die Organisation von Veranstaltungen, in denen zu bestimmten Themenschwerpunkten diskutiert werden kann.

Das wichtigste Instrument zur Einbindung bildet jedoch die direkte Ansprache von Einzelpersonen, Organisationsvertreter\*innen und Gruppen. Dabei spielen Vertrauen, Respekt und Interesse wichtige Rollen. So können Engagierte des Runden Tisches zum einen auf ein nun 30jähriges Bestehen zurückschauen, wo entscheidende Prozesse in Richtung auf eine gerechtere Stadtgesellschaft angestoßen werden konnten. Diese Expertise schafft Vertrauen, denn neuen Mitgliedern kann aufgezeigt werden, dass es sich nicht um kurzfristiges Engagement handelt, sondern um einen langfristigen Einsatz für ein vielfältiges Köln. Durch die Teilnahme an Veranstaltungen, Arbeitsgruppen und Netzwerktreffen haben Aktive des Runden Tisches für Integration Menschen aus unterschiedlichen Kontexten kennengelernt und für die Mitarbeit gewonnen. Dabei war es wichtig, dass Transparenz darüber bestand, warum eine Person für die Teilnahme angesprochen werden sollte.

Für die nächsten 30 Jahre gilt es, an der Repräsentation der Realitäten vor Ort weiterzuarbeiten. Bei der Ansprache und der Aufnahme von Menschen, die zu einem bestimmten Themenbereich Expertise haben, kann auf das Konzept von CLEAR – Tool nach Lowndes & Pratchett (2009)<sup>1</sup> zurückgegriffen werden. Darunter werden fünf Kriterien zusammengefasst, die Teilhabeprozesse positiv beeinflussen:

**Can do** – Menschen haben die Ressourcen und das Wissen um zu partizipieren

**Like to** – Menschen haben ein Gefühl der Verbundenheit, das die Partizipation stärkt

**Enabled to** – Partizipationsmöglichkeiten werden geboten

**Asked to** – Menschen werden angesprochen und mobilisiert

**Responded to** – Menschen sehen Beweise dafür, dass ihre Ansichten berücksichtigt wurden

Gerade bei der Beteiligung von Personen und Gruppen, die durch institutionelle und gesellschaftliche Strukturen marginalisiert werden, ist das nicht einfach. Denn von Rassismus betroffen sind alle Mitglieder einer Gesellschaft und das rassistische System spiegelt sich in allen gesellschaftlichen Bereichen, so auch in zivilgesellschaftlichen Bündnissen, wider. Das Bewusstsein darüber, dass die Einbindung, die Darstellung und das Sprechen von Lebenswirklichkeiten grundsätzlich immer schwierig und ungenügend ist, muss geschaffen werden. Denn ein Anspruch auf Vollständigkeit kann nie gewährleistet werden. Zudem werden rassistische Bilder reproduziert bzw. können reproduziert werden. Die Lösung kann nicht darin bestehen, diejenigen, über die gesprochen wird, »in die Position [zu drängen] [...], die Interessen einer als homogen imaginierten Minorität vor der Majorität, die ebenfalls als homogene Gruppe konstruiert wird, zu vertreten« (Schrödter 2014, 63)<sup>2</sup>.

Die Erfahrungen in Beteiligungsprozessen dabei zu sein, sind unterschiedlich und die Voraussetzungen für das Mitmachen sind nicht immer transparent oder für alle eindeutig. Eine weitere Gelingensbedingung besteht also darin, dass die Zusammensetzung, die Kommunikationskultur und die Ressourcen, die zu einer tatsächlichen Teilhabe notwendig sind, transparent gemacht und ggf. an die Personen vor Ort angepasst werden müssen.

Gerade bei der Einbindung von Personen und Gruppen, die negativ von Rassismus betroffen sind, ist ein achtsamer Gebrauch von Sprache und Bildern notwendig. Diskriminierende Sprache und Reproduktion von Stereotypen sollten vermieden werden. Es sollte zudem eine gemeinsame Strategie erarbeitet werden, die Fragen beantwortet wie: Wie reagieren wir auf Vorkommnisse in unserem Bündnis? Wer trägt die Verantwortung für die Schaffung eines möglichst rassistischnurfreien Raums?

Menschen, die andere Erfahrungen mitbringen, sind nicht nur von ihrer Herkunft und ihrem äußeren Erfahrungsbild her vielfältig. Sie bringen auch verschiedene Denkstrukturen, Philosophien, Kommunikations- und Diskussionskulturen mit. Ein Bündnis sollte sich mit der Frage auseinandersetzen, wie viel Raum für diese Perspektiven da ist, und ob sich Partizipation auch auf die Struktur des Bündnisses beziehen und so ggf. eine andere Ausprägung kreieren kann.

Letztendlich geht es bei zivilgesellschaftlichen Bündnissen darum, eine Beziehung zwischen Menschen unterschiedlicher Lebenswirklichkeiten aufzubauen. Damit kann Verständnis wachsen und alle mit- und voneinander lernen. Die letzten 30 Jahre des Engagements im Runden Tisch für Integration haben gezeigt, dass das möglich ist.

### Elizaveta Khan

Geschäftsführerin des Integrationshaus e.V.



Elizaveta Khan © Integrationshaus e.V.

<sup>1</sup> Siehe auch: file:///C:/Users/Elizaveta%20Khan/Integrationshaus%20e.V./Projekte%20und%20Veranstaltungen%202021/WS%20ABH%2021.04.2021/%C3%9Cbersichtstext%20zu%20CLEAR-Modell%20Lowndes%20&%20Pratchett.pdf, letzter Zugriff 05.01.2022

<sup>2</sup> Schrödter, Mark (2014): Dürfen Weiße Rassismuskritik betreiben? Zur Rolle von Subjektivität, Positionalität und Repräsentation im Erkenntnisprozess. In: Broden, Anne, Mecheril, Paul (Hg.): Solidarität in der Migrationsgesellschaft. Befragung einer normativen Grundlage. transcript Verlag: Bielefeld.

## Chronik 1991 – 2021

**17. September 1991** Im sächsischen Hoyerswerda kommt es zum ersten Pogrom in Deutschland seit 1945. Im gerade vereinten Deutschland bestimmen Ausländerfeindlichkeit und Hass zunehmend das gesellschaftliche Klima

**12. Dezember 1991** In Köln konstituiert sich der Kölner Runde Tisch gegen Ausländerfeindlichkeit, der sich dann in Runden Tisch für Ausländerfreundlichkeit umbenennt. Die Initiatorinnen und Initiatoren, Hilmar Ankerstein, Kölnische Gesellschaft für Christlich Jüdische Zusammenarbeit, Konrad Gilges, DGB Köln, Katharina Focke ehem. Bundesfamilienministerin, Jutta Graf, Kölner Flüchtlingsrat, Gerhart Baum, ehem. Bundesinnenminister, Norbert Burger, Oberbürgermeister der Stadt Köln und andere wollen ein deutliches Zeichen für Toleranz und Frieden setzen. Sprecher wird Hilmar Ankerstein.

**24. und 31. Dezember 1991** Die erste Aktion ist eine Anzeige in der Presse. »Fremde brauchen Freunde. Wir auch!«

**März/ April 1992** Große Plakataktion in Bussen und Bahnen. »Gemeinsam sind wir Köln-R(h)einland statt Rausland«

**19. März 1992** Der Verleger Alfred Neven Dumont, Stern Journalist Günther Jauch, Bürgermeister Johannes Blum, Elfie Scho-Antwerpes, Carmen Thomas und weitere Prominente aus Medien, Politik und Stadtgesellschaft verteilen 10.000 Handzettel in der Innenstadt.

**9. November 1992** Künstlerinnen und Künstler schließen sich zur AG »Arsch Huh« zusammen. Ihr Konzert auf dem

Chlodwigplatz wird von über 100 000 Menschen besucht. Es ist der Auftakt einer nachhaltigen Bewegung gegen Hass und Gewalt. Karl Heinz Pütz, einer der Initiatoren wird Geschäftsführer des Runden Tisches.

**23. bis 30. Januar 1993** 60 Jahre nach der Machtübergabe an Hitler initiieren die Arsch Huh AG und der Runde Tisch eine Aktionswoche gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit. Vorausgegangen war das Pogrom von Rostock am 22. August 1992.

**9. März 1993** Diskussion des Runden Tisches mit dem Kölner Ausländeramt über die geplante Abschiebung der Roma Familie Pampurova. Der Runde Tisch kritisiert mehrmals die Abschiebepaxis der Kölner Ausländerbehörde.

**29. Mai 1993** Brandanschlag in Solingen. In Köln nehmen 3000 Menschen an einem Konzert Wutentbrannt – Toleranz statt Terror teil.

**30. Juni 1993** Auf Einladung des Runden Tisches diskutieren Daniel Cohn-Bendit und Rosi Wolf-Almanasreh von der Stadt Frankfurt über das Amt für multikulturelle Angelegenheiten. Der Runde Tisch schlägt der Stadt Köln die Gründung eines Amtes für multikulturelles Zusammenleben vor.

**4./5. Dezember 1993** Runder Tisch und AG Arsch Huh veranstalten einen Kongress: 173 Völker – 1 Stadt. In mehreren Arbeitsgruppen werden grundlegende Positionen zum Ausländerrecht, zum Wohnen, zur Arbeit, zu den Bürgerrechten für Nichtdeutsche, zur sozialen Situation von Ausländern erarbeitet.

**24. April 1994** Mehrere tausend Menschen demonstrieren gegen die Abschiebung des 13jährigen Muzaffer Ucar. Auch mit Unterstützung aus der Politik kann die Abschiebung verhindert werden.

**November 1994** Der Runde Tisch führt mehrere Aktionen zur Verbesserung der Unterbringung und der Rechtsstellung von Bürgerkriegsflüchtlingen aus Ex-Jugoslawien durch. Auch in den folgenden Monaten fordert der Runde Tisch von der Landes- und Bundespolitik eine humane Unterbringung der Flüchtlinge und wendet sich gegen die Abschiebung in ihre vom Bürgerkrieg zerstörte Heimat.

**Juni – September 1998** Der Runde Tisch legt den demokratischen Parteien ein Fairness Abkommen zur Bundestagswahl vor, in dem sich diese verpflichten »inhaltlich fair zu bleiben und nicht auf Kosten von MigrantInnen Wahlkampf zu betreiben.« Die Kölner Bevölkerung wird aufgefordert, Verstöße dem Runden Tisch zu melden. Auch zu den Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahlen der kommenden Jahre wird dieses Abkommen den demokratischen Parteien vorgelegt.

**21. April 1999** Podiumsdiskussion zur Situation junger Ausländer im Gefängnis gemeinsam mit dem Kölner Anwaltsverein und der Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen. In der Folgezeit befasst sich der Runde Tisch mehrfach mit den Ursachen von Jugendkriminalität.

**15. August 2000** Der Runde Tisch diskutiert mit den Kandidatinnen und Kandidaten zur Oberbürgermeisterwahl Fritz Schramma (CDU) Anke Brunn (SPD), Barbara Moritz (Grüne) und Ralph Sterck (FDP) über die kommunale Migrations- und Flüchtlingspolitik.



Hilmar Ankerstein, Christa Pfarr

**August – November 2001** Unter dem Motto »Gemeinsam sind wir Köln« führt der Runde Tisch eine Kampagne für ein friedliches und konstruktives Miteinander durch. Kampagnenauftritt ist am 21. August bei den Kölner Ford Werken. Auch der 1. FC Köln beteiligt sich.

**17. Oktober 2001** Der Runde Tisch protestiert entschieden gegen die Unterbringung von Flüchtlingen in einem Container Lager vor dem Kalker Polizeipräsidium. Besonders die Vorsitzende des Katholikenausschusses Hannelore Bartscherer tritt entschieden der Auffassung der CDU Köln entgegen, Flüchtlinge auf diese Art davon abzuhalten nach Köln zu kommen. Auch ihrer Unterbringung auf einem Schiff im Deutzer Hafen widerspricht der Runde Tisch.

**25. August 2002** In einer Pressemitteilung verurteilt der Runde Tisch den Sensationsjournalismus von Express und Kölner Stadt-Anzeiger, die unter der Schlagzeile »Die schlimmsten Diebe von Köln« vor allem Roma Kinder angeprangert haben.

**Oktober 2002** Der Runde Tisch für Ausländerfreundlichkeit wird in Runder Tisch für Integration umbenannt. In einer Erklärung »Der Runde Tisch im Wandel« heißt es: »Eine richtig verstandene Integration von Migrantinnen und Migranten, von Flüchtlingen und Minderheiten, bei der jeder seine kulturelle Identität bewahren kann, ist eine entscheidende Voraussetzung für die friedliche Fortentwicklung unserer Stadtgesellschaft«.

Als Nachfolger von Hilmar Ankerstein wird Konrad Gilges, ehemaliger DGB Vorsitzender, Sprecher, stellvertretende Sprecherin Hannelore Bartscherer, Vorsitzende des Katholikenausschusses sowie Eckart Schubert, Stadtsuperintendent der evangelischen Kirche. Den Vorsitz des neu gegründeten Fördervereins



Bernd Geiß

übernimmt Peter Canisius, im folgt bis zu seinem Tode 2008 der Rechtsanwalt Kurt Uhlenbruch. Diese Aufgabe übernimmt bis heute Bernd Geiß, langjähriger Mitarbeiter der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung.

**14. Februar 2003** Der Runde Tisch fordert die Einrichtung eines flüchtlingspolitischen Forums in dem sich Ratsparteien, Verwaltung, Wohlfahrtsverbände, der Flüchtlingsrat u.a. zusammenschließen um die Fragen der kommunalen Flüchtlingspolitik wie Aufnahme, Unterbringung, Integration und den Abbau von Vorurteilen zu besprechen. Daraus entsteht dann im Juni 2003 der Runde Tisch für Flüchtlingsfragen, an dem der Runde Tisch für Integration mitarbeitet.

**September – Dezember 2003** Mehrfach befasst sich der Runde Tisch mit der Problematik strafunmündiger, aber bereits straffällig gewordener Kinder. Er fordert von der Stadt ein Konzept für die Integration statt ihrer Isolation. Erst im Mai 2004 konstatiert der Runde Tisch eine Trendwende im Umgang der Stadt mit diesen Jugendlichen. Dazu beigetragen hat auch eine andere Berichterstattung in den Medien, die der Runde Tisch immer wieder eingefordert hatte.

**12. Oktober 2004** Gemeinsam mit den Arbeitgebern Köln und dem DGB, Region Köln, lädt der Runde Tisch zu Migrationsgesprächen zum Thema Einwanderungsland und Zuwanderungsgesetz ein. Ein Gesprächspartner ist der Integrationsminister von NRW Armin Laschet.

**21. November 2004** Erstmals wird ein Integrationsrat gewählt. Der Runde Tisch ruft zur Wahl auf und begrüßt, dass »der Integrationsrat gegenüber dem bisherigen Ausländerbeirat in seiner Wirkungsmöglichkeit aufgewertet wird.«

**11. Dezember 2005** Der Runde Tisch und agisra e.V. veranstalten im Kölner Schauspielhaus eine Matinee zur Lage der Menschen ohne Aufenthaltsrechte in Köln. Die Stadt Köln wird aufgefordert,

ihren Spielraum zugunsten illegalisierter Menschen u.a. im Gesundheitsschutz und der Bildung auszuschöpfen.

**23. Oktober 2006** Auf einer Podiumsdiskussion fordert der Runde Tisch eine »gesamtheitliche moderne Integrationspolitik für Köln«. Die Stadt wird immer wieder zum entschlossenen Handeln aufgefordert. Auch an der Auftaktveranstaltung der Stadt am 10. November 2007 beteiligt sich der Runde Tisch und wirkt in den Arbeitsgruppen und in der Moderation für die Erarbeitung des Konzeptes einer integrativen Stadtgesellschaft mit.

**25. Juli 2007** Im Streit um den Bau der Zentralmoschee der DITIB in Köln unterstützt der Runde Tisch den Bau der Moschee, damit »Zuwanderer die Möglichkeit zur Ausübung ihrer Religion haben«

**19./20. September 2008** Der Runde Tisch beteiligt sich an der Demonstration gegen den Anti-Islam Kongress europäischer Rassisten und tritt dem Bündnis »Köln stellt sich quer« bei.

**1. März 2012** Der Runde Tisch veranstaltet aus Anlass seiner Gründung vor 20 Jahren eine Podiumsdiskussion zum Teilhabe- und Integrationsgesetz des Landes NRW.

**10. Juli 2012** Der Runde Tisch erhält im Rahmen eines Festaktes im Kölner Rathaus die Auszeichnung des Bündnisses für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt.

**21. Januar 2013** In einer Diskussion mit der Stadtkämmerin Frau Klug kritisiert der Runde Tisch die Kürzungen der Mittel für interkulturelle Arbeit und die Auflösung des interkulturellen Referats.

**September – November 2013** Der Runde Tisch setzt sich für die Verbesserung der Arbeits- und Lebenssituation von Wanderarbeitern aus den EU-Beitrittsländern Rumänien und Bulgarien ein.

**10. Juni 2014** Das neu geschaffene Kommunale Integrationszentrum wird von der Leiterin Frau Kremer-Buttkereit vorgestellt. Der Runde Tisch hinterfragt kritisch das Diversity Konzept.

Besuch im Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland. Auf Anregung von Bernd Geiß wurden 2014 die Unterlagen der frühen Jahre des Runden Tisches dem DOMiD übergeben. Hannelore Bartscherer, Bernd Geiß, Konrad Gilges, Peter Canisius





Echart Schubert, Wolfgang Uellenberg-van Dawen

**2. Dezember 2014** Konrad Gilges wird mit großem Dank aus seiner Aufgabe als Sprecher des Runden Tisches verabschiedet. Neuer Sprecher wird Wolfgang Uellenberg-van Dawen, 2001 bis 2008 DGB Vorsitzender in Köln und bis 2014 Bereichsleiter im ver.di Bundesvorstand.

**3. Februar 2015** Thema des Plenums ist die berufliche Integration von Flüchtlingen. In den folgenden Jahren wird die Unterbringung, Bildung, rechtliche Stellung der gestiegenen Zahl der in Köln untergebrachten Zuflucht suchenden Menschen immer wieder Gegenstand des Runden Tisches.

**August 2015** Fachgespräch des Runden Tisches mit der OB Kandidatin Henriette Reker und dem OB Kandidaten der SPD Jochen Ott. Frau Reker sagt die Einrichtung eines Amtes für Integration in ihrer Verantwortung als Oberbürgermeisterin zu. Das Amt wird als Amt für Integration und Vielfalt eingerichtet. Der Runde Tisch befasst sich mit dessen Kompetenzen und seiner Arbeit.



Rolf Domning, Hannelore Bartscherer

**15. März 2016** Der Runde Tisch diskutiert mit der ehem. Bundestagsabgeordneten Lale Akgün und dem Sozialarbeiter Franco Clemens über die Gewalt in der Kölner Silvesternacht. Entgegen der veröffentlichen Meinung, die die Verantwortung einseitig bei jugendlichen Tätern sieht, hält der Runde Tisch die Gewalt für die Folge eines Versagens des Sozialstaates, da er die jungen Menschen nicht integrieren konnte, und des Rechtsstaates, der nicht für den Schutz der Frauen gesorgt hat. In den Folgejahren wendet sich der Runde Tisch entschieden gegen die schrittweise Verschärfung des Asyl- und Aufenthaltsrechts. Gemeinsam mit dem Flüchtlingsrat und dem Rom e.V. bringt er eine Bleiberechtsinitiative für langjährige Geduldete in Köln auf den Weg.

**2015 – 2017** Gemeinsam mit dem Friedensbildungswerk Köln, dem Katholischen Bildungswerk und der Melancthon Akademie bietet der Runde Tisch für Integration Fachgespräche zu den

Themen Einwanderungsland Deutschland (2015), Fluchtursachen (2016) und das Neue Wir, Leben in der Einwanderungsgesellschaft (2017) an.

**13. Dezember 2017** Auf einer Podiumsdiskussion stellt der Runde Tisch die Ergebnisse eines Projektes »Dialog und Verständigung zwischen Eingewanderten aus der Türkei« vor. In drei Gesprächsrunden mit Expertinnen und Experten wurden Analysen zum Arbeitsmarkt, zur Bildung und zur Kultur der Eingewanderten sowie Empfehlungen für die kommu-



Anton Rütten, Bernd Geiß

nale Integrationspolitik erarbeitet. Das Projekt wurde der Öffentlichkeit und dem Integrationsrat vorgestellt.

**Januar 2018** Die langjährige stellvertretende Sprecherin Hannelore Bartscherer wird mit großem Dank verabschiedet. Ihr Nachfolger ist Gregor Stiels. Pfarrerin Reinhild Widdig ist stellvertretende Sprecherin für die evangelische Kirche, August 2018. Der Förderverein des Kölner Runden Tisches für Integration erhält den Ehrenamtspreis der Stadt Köln.

**15. September 2018** Gemeinsam mit dem Flüchtlingsrat, den Willkommensinitiativen, Kein Mensch ist illegal, der Gewerkschaft ver.di, den Kirchen und mehr als 180 Unterstützer\*innen beteiligt sich der Runde Tisch am Bündnis »Köln zeigt Haltung« für eine humane Flüchtlingspolitik. Unter dem Motto Aufnehmen statt Abschotten, Hierbleiben statt Abschieben, Solidarität statt Hetze, demonstrieren mehr als 12 000 Menschen in der Kölner Innenstadt.

**10. März 2020** Nach einer mehr als einjährigen Diskussion verabschiedet das Plenum ein Manifest für Teilhabe, Vielfalt und gleichberechtigte Partizipation als Grundlage der weiteren Arbeit. Nach Jahrzehnten der Einwanderung befindet sich Köln auf dem Weg zu einer postmigrantischen Gesellschaft. Anerkennung der Vielfalt, gleichberechtigte Teilhabe an guter Arbeit, Bildung und einer lebenswerten Umwelt, interkulturelle Öffnung und Überwindung des strukturellen, institutionellen und individuellen Rassismus sowie von Antisemitismus, Antiislamismus

Ludger Reiberg, Monika Kuntze, Peter Canisius





Diskussion zur Bundestagswahl 2021, Moderatorin Anne Rossenbach mit Matthias W. Birkwald, Berivan Aymaz, Rebekka Müller, Serap Güler, Joachim Krämer, Marion Sollbach

mus und Rassismus müssen die Grundlage einer inklusiven Stadtgesellschaft sein. »Niemand darf ausgegrenzt werden, aber keiner soll sich ausgrenzen« das sind die Leitlinien eines friedlichen Zusammenlebens.



Hannah Brill, Maryam Manz, Bernd Geiß, Ayse Tekin, links vorne Konrad Gilges und Ali Kemal Gün bei der ersten Präsentation der Studienergebnisse im Koordinierungsausschuss.

**Frühjahr 2021** Der Runde Tisch befasst sich mit alltäglicher Diskriminierung und beginnt ein Projekt zur rassistischen Ungleichbehandlung bei der Wohnungssuche in Köln. Die Wissenschaftlerinnen Hannah Brill und Mariam Manz erstellen dazu eine qualitative Studie, die von der Hans-Böckler-Stiftung gefördert wird.

Ziel ist in einem zweiten Schritt des Projekts in Fachgesprächen und Workshops und eine stadtweite Vernetzung der Akteur\*innen Wege in eine gerechtere Praxis zu erarbeiten.

**12. September 2021** An einem Konzert mit Kundgebung unter dem Motto Weg frei für Flüchtende, das vom Bündnis »Köln zeigt Haltung« ausgerichtet wird, beteiligen sich mehr als 1000 Menschen. Von der nach der Bundestagswahl am 26. September 2021 gebildeten Ampel Koalition aus SPD, Grünen und FDP fordert der Kölner Runde Tisch für Integration eine Wende in der Migrations- und Flüchtlingspolitik, die dem Völkerrecht und den Menschenrechten mehr entsprechen soll, als dies in den letzten Jahren der Fall war.

**Dezember 2021** Aufgrund der Pandemie-situation findet zum 30. Jahrestag der Gründung keine Festveranstaltung statt. In der Pressemitteilung zum Jubiläum steht die Spendensammlung (unterstützt von der Bethe-Stiftung) für den Praxisteil des Projekts »Diskriminierung am Wohnungsmarkt« im Vordergrund. Die Feier wird im Frühjahr 2022 nachgeholt.



**Linke Spalte von oben nach unten:**

Özgür Cebe und Henriette Reker, am 7. Februar 2017 gewählt: v.l,n r: für den Förderverein Bernd Geiß, Peter Canisius, vorne Cornelia Schmerbach; Sprecher\*in Reinhold Widdig und Wolfgang Uellenberg -van Dawen, Hannelore Bartscherer mit dem Scheck des Ehrenamtspreises 2018,

**Rechte Spalte:**

Aktion zum Bleiberecht Dezember 2016, Hilmar Ankerstein und Eckart Schubert beim Jubiläumsfest 2016





Solidarität

hoch

halten

HOCH DAMIT!!!